

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Belegergeld),
bei Zustellung unter Kreuzgang M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh., verantw. Redakteur: Ing. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1. Besenbinderhof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreigesparte Weltzeit oder deren Raum 30.-

Verbandskollegen! Zahlet den Extrabeitrag! An unserm Opferfeind müssen alle Pläne der Unternehmer zerstören!

Inhalt: Sind wir zerschmettert? — Die Wohnungfrage als internationale Frage. — Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1908. — Wirtschaftliches Rundschau. — Politische Umfragen. — Maurerbewegung: Streik, Ausverträge, Abregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsbestandes. Berichte. Zweite internationale Maurerkonferenz. — Zentralkrankenkasse. — Von Bau: Unfälle, Arbeitsschutz, Submissionslinie, aus anderen Berufen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Beilettlon: Ein großer Arbeitsfehler.

erst in vollem Umfang klar, wenn man in Betracht zieht, was der „Verband der Baugeschäfte“ immer betont hat, nämlich, daß es sich bei diesen Bauten meist um die größten Objekte handelt und das sich diese Bauten meist noch im Anfangsstadium befinden. Will der „Rocher de Bronces“ diese Bauten mit den „Arbeitswilligen“, also mit vier bis fünf Mann, fertig machen? Das kann e natürlich nicht. Wenigstens sind wir dieser Meinung; Herr Wahl hält es vielleicht für möglich.

Daraus ergibt sich, daß man dazu die Streikenden nötig hat und zwar in sehr großer Zahl. Die Unternehmer versuchen das zwar zu verhindern, indem sie tun, als könnten sie jetzt gar keine Maurer gebrauchen; das werden sie aber nicht sehr lange durchführen können. Diese Tatsache ist den Herren „Siegern“ ja verteufelt fatal, das glauben wir gern, aber sie ist da und ist nicht wegzubringen. Das wichtigste aber ist, daß sie für die künftige Gestaltung der Berliner Arbeitsverhältnisse von ausschlaggebender Bedeutung ist; die Herren verstehen uns wohl! „Ah, der Guerillakrieg“, so verkünden die ehrenhaften Papiere an der Spree, „ist ein sehr harmloses Ding.“ Der Verband der Baugeschäfte verfügt über so viel „Arbeitswillige“, daß er jeden gesperrten Bau sofort befreien kann.“ Ja, könnte man nun fragen: warum hat er es denn nicht jetzt schon getan? Aber diese Aufklärung hat den Zweck, die Unternehmer, die bisher schon bewilligt hatten, zum Vertragsbruch aufzurieben! Ein ebenso durchsichtiger wie kolossal ehrenhaftes Beginnen, und zwar just von der Unternehmerorganisation, die stets mit so schöner Entrüstung gegen den Bruch der abgeschlossenen Tarifverträge gewettert hat. Merkwürdiger- oder vielmehr ganz natürlicherweise hat hierfür kein einziges bürgerliches Blatt einen Lädel. Aber wir verlangen es auch nicht; die moralische Detadenz überhebt sie dieser Pflicht.

Aber zurück zu unserer „Zerschmetterung“, zur „vernichtung“ unserer Organisation. Dies einfältige Gerede wird am besten dadurch abgetan, wenn wir die Zahlen reden lassen. Unsere Gegner wollen den Anschein erwecken, als seien die 3893 Streikbrecher Abtrünnige unseres Verbandes; sie wissen allerdings selbst, daß es nicht wahr ist. Diese Streikbrecher setzen sich zusammen aus ungefähr fünfzehnhundert Auktionsmauern, die schon vorher außerhalb der Organisation standen und von vornherein als Streikbrecher in Rechnung gestellt wurden, aus ungefähr 800—1000 Unorganisierten, die man ebenfalls schon vor Anfang der Bewegung zu den Streikbrechern gezählt hatte; aus annähernd 700 bis 800 angeworbenen Lumpen von diesseits und jenseits der deutschen Grenze und schließlich aus Johnsons 400—500 ebenmaligen Streikenden, die dadurch Streikbrecher würden, daß sie Auktionsmauer annahmen. Wir haben bei der Einteilung ganz roh geschätz; genau können wir es ja nicht wissen; aber der Verband der Baugeschäfte mag uns bestätigen, wenn wir uns gerettet haben. Nur in einem Punkte gehen wir sicher, das ist die Zahl der von den Streikenden zu Streikbrechern gewordenen. Deren Zahl hatte drei Tage vor Aufhebung des allgemeinen Streiks noch nicht 400 überschritten. Und diese 400 Abtrünnigen bei einer Gesamtzahl von über 10000 und bei einer Streitdauer von zwölf Wochen sollten die „vernichtung“ unserer Organisation besiegen! Wenn der „Rocher de

Bronecs“ die Verschleierung der Wahrheit nicht allzu nötig hätte, würde er vielleicht doch vor solcher Kinderlei zurücktreten, und wenn die bürgerslichen Spreepapiere einer eigenen Meinung fähig wären oder auch, wenn sie ihnen erlaubt wäre, hätten wohl selbst sie den Kopf ob solcher Behauptung geschüttelt. Wir erfüllen eine Pflicht der Gerechtigkeit, wenn wir demgegenüber aussprechen, daß sich unsere Berliner Kollegen überaus brav gehalten haben. Besonders gilt das von denen, die nicht zu den neuen Bedingungen in Arbeit treten konnten und nun mit oft ungünstigen Kräften den unangreichen und aufreibenden Sicherheitsdienst versehen mußten. Diesen gebührt unsere uneingeschränkte Anerkennung und der Dank ihrer Kollegen. Wir wissen, was es heißt, zwölf Wochen zu streiken — und gar in Berlin zu streiken! — und sagen: Gut ab vor diesem proletarischen Helden-tum! Das sind die wahren „Kräfte“, die aufwärts ziehen“, aus deren Entbehrungen der Fortschritt erlebt, aber nicht die faule, satté, brutale Massa der Massenburger. Es kann weder die Ehre der Streikenden noch die Geschlossenheit der Organisation irgendwie beeinträchtigen, wenn bei diesem Vormarsch einige Hundert Märsche am Wege liegen bleiben; wer gegen den Feind marschiert, muß sich leider immer darauf gefestigt machen. Das mußten auch die Unternehmer erfahren, deren Organisation verhältnismäßig viermal soviel Abtrünnige hatte, wie wir. Wir können mit Recht behaupten, daß unsere Organisation viel weniger in dem Kampfe gelitten hat, als der Verband der Baugeschäfte. Und trotzdem sollen wir „zersetzt“ sein und sollen uns auf Gnade und Ungnade ergeben haben. Das Organ des Berliner Unternehmerverbandes, das sich diese Auflassung zu eigen macht, sagt uns selbst am besten, was es mit diesem „auf Gnade und Ungnade ergeben“ auf sich hat. Es gibt zu, daß die Gewerkschaften doch noch nicht vernichtet sind, und zu der selbstverständlichen Absicht unserer Organisationen, im Einzelfall nachzuholen, was allgemein nicht zu gewinnen war, steht es den Angstschrei aus: „Die starken Organisationen der Sozialdemokratie haben eine Schlacht verloren und — der Sieger wird es annehmen — im ehrlichen Kampf. Nun aber droht der Sieger mit unehrlichem Hinterhalt! Ein Frankfurterkrieg soll beginnen. Seien die verantwortlichen Führer nicht die unheilvollen Folgen? Noch immer ist ein ehrenwoller Friede möglich, wird es aber nicht sein, wenn durch hinterlistiges Vorgehen das Vertrauen erschüttert ist, wenn durch heimliches Bühlern und Überfallen aus dem Hinterhalt Haß und Erbitterung erwachsen sind.“

Was das „Centralblatt“ hier von Hinterlist und Hinterhalt redet, geht weit an uns vorbei. Ist es etwa auch Hinterlist, wenn eine Truppe, statt in massigen Frontformationen Augelfänge abzugeben, in leichten Schützen schwärmen vorrückt? Wir sind sehr dafür, daß auch im bitteren Klassenkampf Treu und Glauben eine Stätte findet; aber wir werden uns auf keinen Fall das Recht nehmen lassen, unsere Taktik so einzurichten, daß sie den Gegner am schwersten trifft. Wir befinden uns da völlig im Einlang mit Herrn Wahl, der gleichfalls nicht darnach fragt, ob durch seine Taktik Haß und Erbitterung gesetzt wird; denn in der Versammlung am 14. August empfahl er seinen Kollegen, man solle selbst mit materiellen Opfern die Fremden den Winter hindurch be-

Gernach, ihr Herren!

Diese „Feststellungen“ sind in Wirklichkeit nichts als beweislose Behauptungen. Sie können allerdings auch nichts anderes sein; denn es gibt keinen Beweis dafür. Die tatsächliche Lage redet eine ganz andere Sprache. Wir rekapitulieren noch einmal den Stand der Bewegung, wie er kurz vor dem Aufgeben des allgemeinen Streiks auf Grund der Bautenkontrolle war. Es wurden insgesamt 1898 Bauten geöffnet, davon auf 1706 gearbeitet wurde, während 192 stilllagen. Von den 1706 bearbeiteten Bauten waren auf 1042 die Forderungen der Arbeiter anerkannt. Auf diesen Bauten arbeiteten 7130 Maurer, pro Bau knapp sieben Maurer. Auf den 664 Bauten, wo die Forderungen nicht bewilligt waren, arbeiteten 3893 Maurer, pro Bau knapp sechs Maurer. Das sind die „Arbeitswilligen“, die dem Verband der Baugeschäfte zur Verfügung stehen. Will nun der Verband sämtliche Bauten seiner Mitglieder besetzen, so hat er für jeden Bau vier bis fünf Maurer zur Verfügung. Wie gänzlich ungenügend das ist, wird

beschäftigen und dafür die abgesunkenen Arbeiter festen lassen. Wir können eben nicht finden, daß dies eitel Liebe und Vertrauen erwecken wird. Also wollen wir doch einfach sagen: so lange kein Friede geschlossen ist, ist eben Krieg und da gilt Kriegsrecht. Das ist einfach und klar und freit von allem moralischen Mummenschanz.

Das „Centralblatt“ redet von einem ehrenvollen Frieden, der wohl heute noch möglich sei, aber nicht mehr, wenn wir durch die Einzelmäpfe den „Rooher de Broncs“ gereizt hätten. Wenn wir die Entwicklung der Arbeitsverhältnisse im Berliner Bauernverein richtig verstanden haben, so sind es gerade die Einzelmäpfe gewesen, die den Berliner Unternehmern, die damals vor anderen Schärmachern durchaus nichts voraus hatten, die Tarifverträge als erstrebenswert erscheinen ließen. So unruhig die Periode in den letzten der neunziger Jahre war, sie war die Vorbereitung des gewerblichen Friedens, dessen wir uns dann acht Jahre lang erfreuten. Auch die Arbeiter wußten heute den Frieden, und zwar nicht nur einen ehrenvollen, sondern auch einen vorteilhaften, der aber diese beiden Eigenschaften nur dann hat, wenn die Arbeitszeit in der Richtung der bekannten Forderungen geregelt wird. Ohne das gibt es keinen Frieden und ohne Frieden kein Abgehen von der Taktik der Einzelmäpfe.

Von diesem Angstschrei der Unternehmer nehmen wir gern Notiz, denn er ist das drastisch wirkende Gegenbild zu den phantasiervollen Siegesallegorien. Gelt, das klingt nicht mehr nach „vernichtung der Gewerkschaften“?

Die „Sieger“ und ihre Varden können mit dann Glauben für ihren Sieg finden, wenn sie möglichst wenig von dem wirklichen Stande der Bewegung sagen. Denn wenn sie zugeben würden, daß von den Maurern und Bauarbeitern je 46 p.ß. und von den Zimmerern 76 p.ß. der vor dem Streit beschäftigt zu den neuen Bedingungen arbeiten, ja, wo bliebe dann der „Sieg“ des Verbandes der Baugeschäfte! Für jeden, der mit den vorhandenen Tatsachen rechnet, bedeuten aber diese Zahlen etwas anderes. Um das Ergebnis der Bewegung richtig zu würdigen, wiederholen wir, was wir an anderer Stelle darüber sagten: Es ist den Arbeitern zwar nicht gelungen, auf der ganzen Linie zu siegen, aber sie haben einen ganz respektablen Erfolg errungen. Sie stehen heute auf erobertem Terrain hart vor der leichten Schanze des Gegners und hier machen sie halt; aber nicht um auszusteigen, sondern um hier ein bestmögliches Lager zu bestehen und von diesem aus den Kampf weiter zu führen, bis die feindliche Stellung geräumt oder von uns genommen wird. So stehen die Sachen!

Im gegnerischen Lager gefällt man sich jetzt darin, unter Hinweis auf das anfängliche Abtraten der Führer

den Berliner Bauarbeitern zu sagen, daß sie ihre „Niederlage“ wohl verbient hätten; denn sie hätten dem Rufe ihrer Führer folgen sollen. Die belang- und harmlösen Schwächer können sich solch billige und armelose Vergnügungen ja ruhig leisten, aber wir wissen besseres zu tun. Was darin zu sagen und zu tun ist, wird schon zur rechten Zeit und am rechten Platze geschehen und auf die Mitwirkung des bürgerlichen Gelehrten verzichten wir dabei ein für allemal.

Freunde, wie Feinde mögen sicher sein, daß sich unsere Organisation nicht im geringsten geschlagen oder nur geschwächt fühlt. Man könnte an unserer Aktionskraft zweifeln, wenn wir den Kampf aufgenommen hätten, in der Hoffnung auf einen leichten und schnellen Sieg; aber das war nicht der Fall. Wir wußten, besser vielleicht als die Unternehmer, daß es ein schweres Ringen werden würde, das sicher nicht in einem Gange zu Ende zu führen sei. Um so weniger konnte uns dieser Zeiterfolg enttäuschen, aber um so mehr waren wir auf einen Erfolg der Kräfte bedacht, die in Berlin geopfert werden müssten. Also noch steht der Centralverband der Maurer Deutschlands in all seiner Kraft und Gesäßlosigkeit da; fähig und willens, den Kampf für die Verbesserung der Existenzbedingungen der deutschen Männer mit derselben Wucht und Sicherheit fortzuführen, wie er es seit mehr als einem Jahrzehnt getan hat.

Auch in Berlin!

Die Wohnungsfrage als internationale Frage.

Unter den großen Kulturfragen unserer Zeit, die in steigendem Maße das weiteste öffentliche Interesse in Anspruch nehmen, steht in erster Reihe mit die Wohnungsnot. Diese Frage ist längst nicht mehr bloße Sache der Kommunen, auch nicht des Staates und des Reiches, sondern sie ist herausgetreten aus dem Rahmen nationaler Bedeutung und hat einen internationalen Charakter angenommen. So hat der Kampf gegen die Wohnungsnot bereits eine Reihe internationaler Wohnungssymposien gezeitigt, wie in Paris, Antwerpen, Bordeaux, Brüssel u. a. Können auch die Mittel und Wege zur Lösung dieser Frage nach Maßgabe der verschiedensten sozialistischen Umstände und Verhältnisse nicht gleichartig sein, so sind doch große allgemeine Gesichtspunkte vorhanden, deren Erörterung geeignet erscheint, die angestrebten Umgestaltungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens wirksam zu fördern.

Dieser Tage hat in London der 8. internationale Wohnungstag stattgefunden, dessen Verhandlungen manches Bemerkenswerte enthalten. Es wurden Ansichten getauft, die erfreulicherweise Kunde geben von dem Willen, dem Ehrgeiz der Wohnungsnat an die Burgeln zu gehen, die nur zu suchen sind in den ganzen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen unserer Zeit. So wie der Präsident der National Housing Council, Baronet John Dickson-Pound, in

seiner Eröffnungsrede hin auf das Zusammenstoßen großer Bevölkerungsmaßen in den Großstädten, als einer Folge der industriellen Entwicklung. Diese Entwicklung hat in allen Ländern die Wohnungsfrage zu einer brennenden gemacht.

Der Vertreter der englischen Regierung verwies auf die Schwierigkeit der Lösung der Wohnungsfrage. Sie sei nicht nur eine Frage, die die alten Städte betreffe, sondern in viel höherem Maße die heranwachsenden großen Gemeinschaften, wie New-York und das verhältnismäßig junge Berlin. Es geht dann fort: Die Wohnungsfrage ist ein maßgebliches und höchstes Problem als das, gute Wohnungen zu schaffen. Die Wohnungsfrage entschließt das ganze Problem der Armut und das große Problem der ungeliebten Arbeiter. Es ist nicht der Mittelpunkt, es sind nicht die gelernten Arbeiter, die uns Schwierigkeiten machen, sondern es sind die ungeliebten Arbeiter. Ungefürchte Wohnungen wird es geben, solange es schlechthinlohnende, ungeliebte Arbeiter gibt. Die Erhöhung des Standard of life der ungeliebten Arbeiter, die Beseitigung ihrer menschenunwürdigen Lebenshaltung wird uns auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge weiterbringen. Es ist nicht einzusehen, weshalb viele ungeliebte Arbeiter schlechter leben müssen als die Gefangenen in den Gefängnissen, als die Irren in den Irrenhäusern. Ein weiteres Problem, das mit der Wohnungsfrage aufs engste verbündet ist, ist die Frauen- und Kinderarbeit. Der Redner stellte dann für das nächste Jahr die Einbringung eines Wohnungsgesetzes in Aussicht.

In Deutschland hat man sich bekanntlich noch nicht veranlaßt gesehen, der besonders von sozialdemokratischer Seite erhobenen Forderung nach Schaffung einer reichsgelehrten Regelung des Bau- und Wohnungswesens gerecht zu werden. Diese Tatsache läßt das Wort „Deutschland in der Welt voran“, auch in dieser Beziehung als unmotiviert erscheinen, wie denn die Kongressverhandlungen in manch anderen Dingen noch die verschämende Rückständigkeit Deutschlands erwiesen. So konnte aus Holland und England über die Tätigkeit der Wohnungsinvestoren, die in Holland als Staatsbeamte angestellt sind, berichtet werden, während Prof. Albrecht in Berlin erläutern mußte: „Eine technische und Sachverständigen-Wohnungsinvestition kennen wir in Deutschland nicht, die Inspektion ist Sache der örtlichen polizeilichen Verwaltungen, sie liegt in den Händen des Schutzmannes. Wir sind also noch außerordentlich rückständig und bliden mit Reib auf Länder, wo man bedeutend weiter ist als bei uns.“

Auch bei dem Punkte „Bodenfrage“, über den Dr. Metz in Düsseldorf referierte, erschien Deutschland in ungünstigem Lichte. Infolge der schwächeren Entwicklung Deutschlands zum Industriestate sowie des schnellen Anwachsens der einzelnen Städte ist hier die Bodeninvestition zu einem unerhörten Bodenwert ausgearbeitet. Dafür gab der Referent einige Beispiele. 1860 besaß ein Terrain von 70 Hektar am Kurfürstendamm in Berlin den reinen Aderwert von £ 100 000; 1880 kostete dasselbe Stück Land aber sie müssen sich wirkungsvoll von der Schaufenserfläche abheben.

Ich glaube, daß hier namentlich durch das Polieren dunkel getönter Steines ein großer Fehler begangen wird. Nach Schüttner aber wirkt die Raut, wenn auf der einen Hälfte des Erdgeschosses die Pfeiler zwischen den Säulen mit schwarzen Glasbildern bekleidet sind, während auf der anderen Hälfte die hellen Steinpfeiler unbekleidet oder mit rot getönter Glasfläche, hell gestrichene Metall- oder Holzglastafeln verklebt sind. Die schwarzen glänzenden Glasbilder, die häufig die Pfeiler in ganzer Höhe und Breite bekleiden, sind außerordentlich beliebt — sie werden schon bei Ausführung des Baues auf den Pfeilern befestigt, sind aber in architektonischer Hinsicht gar nicht am Platze.

Denselben unangenehmen Eindruck gewinnen wir bei Gebäuden, die zwar keine Säulen enthalten, bei denen aber der ganze Sadel mit einem tief schwarzen oder dunkelgrünen Stein verkleidet ist, während die oberen Stufen hell gelönte Sandsteine oder Badsteine zeigen. Immer wieder habe ich bei denartigen Fronten die Empfindung gehabt, daß ein so dunkler polierter Stein nicht als tragender Körper wirkt, und daß die hellen Stufen viel schwerer wirken, als der trüffelige Sadel aus diesem dunkel polierten Stein. Man wählt sich ein Material, weil es prächtig und luxuriös aussieht, aber in architektonischer Hinsicht ist es weit zweckmäßiger, an dieser Stelle einen rauhen, unpolierten Stein zu verwenden. Werktüchtigerweise wird der Sadel weit seltener bei Ausführung von Grabsteinen begangen. Hier wird man finden, daß der polierte dunkle Granit oder Schreibstein weit häufiger auf einem Sadel aus hellem Gestein gesetzt wird, als umgedreht. Letztlich wirkt auch ein helles Sandsteinsadel trüffiger, als ein dunkelfarbiger, polierter Stein von gleicher Dimension, so daß es logisch ist, den Sandstein zum Sadel, den Granit zum Aufsatz zu verwenden — soweit überhaupt ästhetische Fragen in Betracht kommen. Das Auge kennt nicht die Säulen des Statlers und zieht, unbeeinflußt von allen anderen Momenten,

Ich bin überzeugt, daß mir zahlreiche Architekten, Steinmetzen und Bildhauer nicht geben werden, wenn sie dem Gegenstande eine größere Aufmerksamkeit zuwenden. Die Schlüsse für die Praxis ergeben sich daraus von selbst.

Ein großer Architekturfehler.

von Fred Hood.

(Nachdruck verboten)

Durch die merkwürdige Vereinigung von Mietgebäude und Geschäftshaus in den deutschen Großstädten haben unsere Fronten eine ganz eigenartige unsohne Gestaltung erhalten, die auch durch die geschilderte Gliederung, durch das schönste Ornament, nicht aus der Welt zu schaffen, sondern allen diesen Gebäuden eigentlich ist. Im Erdgeschoss haben wir lautet große, nur durch schmale Pfeiler von einander getrennte Öffnungen, und in den vier oder fünf Obergeschossen viel kleinere und namentlich schmäler Fenster, die durch Pfeiler von weit bedeutender Größe von einander getrennt sind, als wir sie im Erdgeschoss finden. Das ist schon an sich in konstruktiver und ästhetischer Hinsicht vollkommen verkehrt. Das ästhetische Grundgesetz, das ich natürlich nicht allein als maßgeblich hinstellen möchte, würde verlangen, daß die härtesten Pfeiler in das Erd- und Sodgeschoss kommen, daß jeder Pfeiler des Obergeschosses von einem kräftigeren Pfeiler des Erdgeschosses aufgenommen werde und daß die Deffinitionen unten demgemäß schmäler als oben austallen. Das ist nun natürlich nicht möglich; denn wir brauchen im Erdgeschoss ein breites Portal, eine breite Einfahrt, vor allen Dingen aber breite Schaufenster.

Nun erscheinen diese Schaufenster, die in der Regel neben dem Hausingang die ganze Front einnehmen, noch weit breiter, als sie tatsächlich sind, da man die Eingänge zu den Läden nur durch einen ganz schmalen Sols- oder Eisenrost von den Schaufensterflächen trennt. Diese Trennung wird absichtlich so wenig als möglich betont — Schaufenster und Ladentüre sollen als eine möglichst große, ungeteilte Glassfläche erscheinen; denn nach Ansicht der Geschäftleute repräsentiert sich ein Laden mit einer derartig großen Schaufensterfläche am günstigsten, und tatsächlich wird dann z. B. noch die Glassfläche der Tür zum Aushangen keiner Gegenstände oder Reklamen benötigt.

Wie aber willt nun eine derartige Fassade im ganzen? Die Schaufenster wirken als große Deffinitionen, über denen ohne Stütze breite Baumäste ruhen. Die wenigen Pfeiler des Erdgeschosses sehen wie Stelen aus, die merkwürdigweise unter der ungemeinen Last, die auf ihnen

ruht, nicht zusammenbrechen. Wahr wissen wir, daß eiserne Hüllkonstruktionen angewendet sind, denen man bei gelegentlichem Querschnitt große Lasten übertragen darf, aber für das Auge ist dies völlig gleichgültig; ein Pfeiler, der für die über ihm aufgestürzte Masse so schwach auszieht, wirkt darum nicht trüffiger, weil er in sich einen Eisenkern trägt oder ganz aus Granit gefertigt ist.

Nun komme ich aber erst zu dem Architekturfehler, von dem ich sprechen wollte. Wir haben uns mit diesem Mißverhältnis zwischen den unteren und oberen Deffinitionen, den unteren und oberen Pfeilern abgeküsst. Es geht eben nicht anders. Aber Aufgabe des Architekten ist es, ein derartiges Mißverhältnis möglichst zu mildern. Leider wird aber der grobe Fehler nicht selten noch bedeutend verschärmt. Es ist mir dies sehr häufig gerade bei sehr lugubris ausgestalteten Berliner Neubauten aufgefallen. Die Schaufenster wirken bei Tageslicht unterhalb der hellen Sandstein oder Pugardsteinkonstruktion wie große schwarze Löcher. Nun ist es logischerweise Aufgabe des Architekten, die wenigen Pfeiler des Erdgeschosses möglichst ungewöhnlich zu lösen und ihnen den Charakter schwerer standhafter Steinpfeiler zu geben. Man wählt bei diesen Säulen auch tatsächlich häufig Granitpfeiler, die, ungegliedert, das Gewölbe verhindern. Wählt man aber einen dünnen Stein, der namentlich bei Hochglanzpolitur, gleichfalls tief schwärzt, erscheint, so geht die Pfeilerfläche mit den schweren Deffinitionen des Schaufensters vollkommen in eins zusammen, und nun haben wir für das Empfinden des Auges überhaupt nur noch eine große Raummasse, die in der Luft schwimmt. Steht ein solches Gebäude in einer Häuserreihe zwischen zwei Nachbargebäuden, die von oben bis unten Pfeiler gelöst sind, so sieht das so aus, als wenn die gesamte Raummasse der oberen Geschosse zwischen den beiden Nachbargebäuden eingeklemmt wäre, während das Erdgeschoss freistehlt. In der Dämmerung wird dieser Eindruck noch verstärkt. Ich meine natürlich nicht, daß jemand mit gefundenen Augen so töricht sein könnte, das Erdgeschoss überhaupt nicht zu sehen. Wir müssen aber hier die Begriffe „Sehen“ und „Empfinden“ unterscheiden. Die schwarzen polierten Steinpfeiler gehen mit der schwarzen Fläche des Schaufensters zusammen, und so empfinden wir beide vereint als Deffinition. Die Pfeiler sollten nur etwas dunstler als die Stein- oder Puhfsäulen der Obergeschosse gehalten sein — sie werden vielleicht darum gerade trüffiger wirken —

5 Millionen Mark. Der Gesamtbodenwert von Charlottenburg betrug 1866 6 Millionen Mark, 1897 300 Millionen Mark. In München wurde das Gelände des städtischen Schlachthofes 1872 für 4.91 pro Quadratmeter gekauft; 1896 war der Wert 50 pro Quadratmeter. In Freiburg im Breisgau kaufte man Baugelände bis 1870 durchschnittlich für 5.40 pro Quadratmeter; jetzt muß man 25 bezahlen. Selbst in kleinen Städten wie Gießen ist der Bodenwert eines Quadratmetres in den letzten drei Jahren von 50 auf 22 gestiegen.

Der Präsident der First Garden City Ltd., Mr. Williams, sprach über die Notwendigkeit der Schaffung von Gartenstädten, ein Projekt, das zum ersten Male mit der englischen Gartenstadt Letchworth verwirklicht worden ist. Nach Ansicht des Referenten faßt die Frage, wie der übermächtigen Volksdichte in den Großstädten zu begegnen ist, nur auf zwei Arten gelöst werden: entweder müssen neue Vorstädte gebaut werden, oder es muß ein Teil der Großstadtbevölkerung aus der Großstadt ausziehen und mitzamt seiner gewerblichen und sonstigen Beschäftigung ganz neue Orte gründen. Wie aber letzteres mit Rücksicht auf die Millionen der vom Kapitalismus absolut abhängigen Proletarier verwirklicht werden könne, hat der Redner nicht gesagt. Manchem mag dieser Vorschlag anmuten wie eine Utopie, aber es ist schon manche "Utopie" verwirklicht worden.

Ein Diskussionsredner, Professor Vogl Frankfurt am Main, führte aus, die Besiedlungswise Deutschlands sei nicht deshalb eine andere als in England, weil andere Bauordnungen bestehen; sondern weil der deutsche Volksscharakter ein anderer sei, der das Zusammenwohnen, die Zentralisation liebt. Wir können dieser Ansicht nicht unbedingt beipflichten. Die Wohnungsfrage, welche als ein Stück der großen sozialen Frage unserer Zeit erachtet werden muß, hat allerdings einiges gemeinsam mit Eigentümlichkeit des Volksscharrters. Aber im Zuge der gewaltigen wirtschaftlichen Entwicklung von heutzutage herrscht der Zwang der Notwendigkeit, der keine Rücksicht kennt auf Wünsche und Neigungen. Genau wie in England herrscht auch bei uns der sehr lebhafte Wunsch nach Dezentralisation, ganz besonders bei denen, die die Wohnungselend aus praktischer Erfahrung kennen, bei den proletarischen Massen, und wenn in England die Dezentralisation in größerem Umfang verwirklicht ist als in Deutschland, so erklärt sich das aus den Besonderheiten der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Englands.

Über „Bebauungsplan und Bauordnung“ sprach Dr. Süßbien-Berlin, der sich gegen Errichtung sogenannter Mietkasernen aussprach. Wegen der meistens vorhandenen räumlichen Beschränktheit, meist auch wegen der ungenügenden Beleuchtung und Lüftung, sowie der mangelhaften Instandhaltung der einzelnen Wohnungen, Höfe, Treppen und Gänge, ferner wegen der Höhe des Mietpreises sind diese Mietkasernen eine soziale, gesundheitliche und wirtschaftliche Gefahr. Der von Dr. Süßbien erwähnte, von Deutschland ausgehende Gedanke, die ganze unbebaute Stadtumgebung mit einem einheitlichen amtlichen Bebauungsplan zu überziehen und für dessen einzelnen Teile die verschiedenen Bebauungsarten von vorhernein allgemeinfestgesetzten, verbindlichen Anordnungen; seine Vermischung würde ein Schritt vorwärts sein“ auf dem umfassenden Gebiete der öffentlichen Wohnungsfürsorge.

Alles in allem sind die Verhandlungen des Kongresses der Beachtung wert, besonders aber fällt der Umstand, daß die Wohnungsfrage auf das Gebiet der internationalen Fragen gerückt ist, ins Gewicht. Das an sich schon ist ein nicht zu unterschätzendes Stück Kulturstreit.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1906.

Von L. Brunner.

Die Zahl der örtlichen Gewerkschaftskartelle ist im Jahre 1906 wieder um ein beträchtliches gestiegen. Zu Ende 1905 bestehenden 480 Gewerkschaftskartellen sind 73 neu gegründete hinzugekommen, so daß Ende des Jahres 1906 in 553 Orten Gewerkschaftskartelle vorhanden waren. Die Gründung von Kartellen erfolgte im letzten Jahre ausschließlich in kleineren Orten, und zum Teil in solchen Orten, in denen früher schon einmal ein Zusammenschluß der Gewerkschaften stattgefunden hatte, der aber wegen Interessensgleichheit, teils auch infolge Maßregelung wieder in die Brüche gegangen war.

Die Statistik umfaßt auch für 1906 nicht sämtliche Kartelle, erstreckt sich vielmehr nur auf 526 = 85,1 p. 100 der bestehenden Kartelle. Es fehlen in derselben 27 Kartelle, was besonders deshalb zu bedauern ist, als unter den fehlenden Kartellen sich verschiedene größere befinden, deren Fehlen in der Statistik gezeigt ist, das Gesamtbild, wenn auch nur in geringem Maße, ungünstig zu beeinflussen.

Den 526 an der Statistik beteiligten Gewerkschaftskartellen sind insgesamt 7890 gewerkschaftliche Organisationen mit zusammen 1.600.202 Mitgliedern angellossen. Davon sind 800 Stellen der an die Generalkommunion angelassenen Betriebsverbände 7829 mit 1.494.538 Mitgliedern, 86 Lokalvereine mit 245 Mitgliedern und 26

Zweigvereine anderer, der Generalkommunion nicht angehöriger Organisationen mit zusammen 1.421 Mitgliedern. Die Zahl der Mitglieder der Zentralverbände betrug am Schluß des Jahres 1.789.298. Es sind demnach 83,1 p. 100 dieser Gewerkschaftsmitglieder in den Kartellen vereinigt. 1905 waren von 1.162.831 Gewerkschaftsmitgliedern 81,8 p. 100 den Gewerkschaftskartellen angegeschlossen. Von den 85 Lokalvereinen, welche den Gewerkschaftskartellen angegeschlossen sind, befinden sich allein 16 mit 2815 Mitgliedern in Solingen. Die übrigen 19 Vereine verteilen sich auf weitere 12 Orte. Zwei dieser Lokalvereine — einer in Berlin und einer in Köln — sind solche, für deren Beruf eine Zentralorganisation nicht besteht.

Die Zahl der den Kartellen nicht angelassenen Zweigvereine der Zentralverbände ist immer noch ziemlich groß.

Insgesamt stehen in 215 Orten 400 Zweigvereine den örtlichen Kartellen fern.

Nächst dem Verbände der Buchdrucker stellen die Organisationen des Bausgewerbes, Maurer, Zimmerer, Maler, Dachdecker, Bauhülfsarbeiter, ferner die der Maschinen-, Metallarbeiter und Schneider die größte Zahl der den Kartellen fernstehenden Zweigvereine. Von 7678 in den Kartellorten bestehenden Organisationen gehören 7278 = 94,8 p. 100 den Gewerkschaftskartellen an. In dieser Hinsicht ist seit 1903 kaum eine Verbesserung eingetreten; denn es waren vorher der vier Jahre stets etwas mehr als 5 p. 100 der in Kartellorten bestehenden Organisationen den Kartellen nicht angelassen.

Neben der Agitations- und Organisationsstätigkeit der Kartelle verdient die ihre Aufmerksamkeit ganz besonders auch auf die Bildungsabteilungen der Arbeiter, so wie auf das Gebiet des Rechtschutzes und der Auskunftsverteilung.

Es unterhalten 300 der an der Statistik beteiligten Kartelle eine gemeinsame Bibliothek und 47 Kartelle unterhalten außerdem auch eine Zeitung oder für das Jahr 1906 verzeichnete die Statistik 252 gemeinsame Bibliotheken und 89 Lesesäle. Es ist erfreulich, daß die Kartelle eine ihrer Aufgaben mehr und mehr in der Verbreitung des Bildungsbedürfnisses der Arbeiter erfüllen und dieser Erfolg auch dadurch Ausdruck verleiht, daß sie neben den eigenen Unternehmungen, wie Bibliotheken, Veranstaltungen, wissenschaftliche Vorträge usw., auch die von bürgerlicher Seite veranstalteten, der Volksbildung und Unterhaltung gewidmeten Unternehmungen unterstützen, soweit diese letzteren den Prinzipien der Klassenbewegung entsprechen. Arbeitserziehung nicht widerlaufen. Dies Wollen ist um so mehr zu begrüßen, als gerade auf diesem Gebiete die einzelnen Organisationen insbesondere in kleinen Städten, der geringen Mitgliederzahl liegen nur unbedeutendes und zum Teil überhaupt nichts zu leisten vermögen, während sich durch die Zusammenfassung der Kräfte, wie dies in den Gewerkschaftskartellen der Fall ist, auch in kleineren Orten recht annehmliche Erfolge erzielen lassen.

Die Zahl der von den Kartellen unterhaltenen Arbeitersektariäte ist von 81 im Jahre 1904 und 105 im Jahre 1905 auf 87 im Jahre 1906 gestiegen. Auskunftsstellen wurden im Jahre 1906 von den Kartellen 116 unterhalten, so daß insgesamt 188 Kartelle Einrichtungen für Auskunftsleitung und Rechtsküche getroffen haben. In welcher Weise die von den Kartellen zu erledigenden Arbeiten umfang genommen haben, geht daraus hervor, daß 14 Kartelle gegen 6 in 1905 und 6 in 1904 ein eigenes Bureau mit besoldeten Beamten unterhalten. Die Gesamtzahl der von den Kartellen angestellten, in den Arbeitersektariäten und Gewerkschaftsbüros tätigen Beamten betrug 1904 48, 1905 84 und 1906 110.

Gewerkschafts- oder Volkshäuser, die von den Kartellen selbstständig oder mit deren Hilfe und Unterstützung erhalten werden, sind in folgenden Städten vorhanden: Berlin, Braunschweig, Breslau, Cassel, Celle, Charlottenburg, Cöln a. Rh., Dresden, Düsseldorf, Eberswalde, Erfurt, Feuerbach, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Hamburg, Hanau, Heidelberg, Hattowitz, Kiel, Leipzig, Lübeck, Mannheim, Mühlhausen i. Th., Mülheim a. Rh., Offenbach a. M., Pauen i. V., Böhmen, Solingen, Stralsund, Stuttgart, Trier, Wernigerode, Wiesbaden, Worms und Bittau. Es sind dies 85 Städte, die über ein „eigenes Heim“ verfügen. 1905 konnten nur 20 Kartelle über die Errichtung eines solchen Unternehmens berichten. Es handelt sich hierbei durchweg um genossenschaftliche und gesellschaftliche Unternehmungen mit besonderer Verwaltung, über deren Einrichtungen und Betriebstatistik das Jahres- und Kostenbericht der Verwaltungen Aufschluß geben. Mit den Gewerkschafts- und Volkshäusern sind häufig auch Versammlungssäle und vergleichbar ebenfalls auch Centralherbergen verbunden. Insolge der Gastronomie seitens gegnerischer Organisationen sowie der Beeinflussung der Gastronomie seitens des Reichsverbandes, der Polizei- und Militärbüroden sind die Gewerkschaftskartelle sehr vieler Orte genötigt, besondere Aufwendungen für Verksammlungsräume zu machen. Für 1906 berichteten 107 Kartelle, einschließlich derer mit Gewerkschaftshäusern, über die Unterhaltung von Versammlungsräumen.

Centralherbergen werden von 36 Kartellen unterhalten; eine unter Kontrolle des Gewerkschaftskartells oder einer vom Kartell gewählten Herbergskommission stehende Herberge beim Gastwirt ist in 236 Kartellorten vorhanden. Die Einnahmen der Kartelle bestehen in erster Linie aus den festen Jahresbeiträgen, die mit geringen Abnahmen alle Kartelle erheben, sowie aus den Überschüssen der verschiedenartigen Unternehmungen. Von den 526 berichtenden Kartellen erheben 520 einen bestimmten Jahresbeitrag, der bei drei Kartellen noch nicht 10 pro Jahr beträgt und bis zu 8, bei zwei Kartellen, steigt. Um den an die Kartelle gestellten finanziellen Anforderungen genügen zu können, waren sie von Jahr zu Jahr genötigt, die Beiträge zu erhöhen, ganz besonders sind diese in den letzten beiden Jahren gestiegen.

Während 1902 der höchste Jahresbeitrag M 1.200 betrug, stieg er im Jahr 1903 auf M 2.600, um 1906 die Höhe von M 8 zu erreichen.

Die Gewerkschaftskartelle — 19 Kartelle haben darüber keine Angaben gemacht — im Jahre 1906 betragen M 916.758. Davon aus laufenden Beiträgen der Gewerkschaften M 481.932, aus sonstigen Einnahmen (Hebergschiffen von Gesellschaften, Schriftentrieb usw.) M 193.144 und aus Streifsammlungen M 244.213. Die Kartelle haben insgesamt M 267.545 für Streifunterstützung aus, so daß nach Abzug der durch Sammlungen aufgebrachten Summe aus den Kassen der Kartelle insgesamt M 43.332 für Unterstützung von Streiks und Aussperrungen verausgabt werden sind. Vergleicht man die Kartelle angaben, daß sie Streiks und Aussperrungen unterstützen und die dazu erforderlichen Mittel durch Sammlungen aufbringen, so haben sich doch nur 222 Kartelle an solchen Sammlungen beteiligt. Das Jahr 1906 war an wirtschaftlichen Kämpfen überaus reich, und ganz gewaltige Summen waren erforderlich zur Führung dieser Kämpfe. Aus den Kassen der Gewerkschaften wurden insgesamt M 13.745.412 für Streifunterstützung gezahlt. Wie zuerst geringfügig erscheinen neben solcher Summe die M 244.213, welche die 202 Kartelle für Streifunterstützung gesammelt haben. War es früher eine der Hauptaufgaben der Kartelle, Mittel für Streifunterstützung zu beschaffen, so tritt diese Tätigkeit jetzt mehr und mehr in den Hintergrund. Selbständige und unaufgefordert durch die Kartelle solche Sammlungen nicht mehr veranstalten, und für die Gewerkschaften ist es eine Ehrenpflicht, die Kämpfe möglichst mit eigenen Mitteln und ohne Zubüßennahme öffentlicher Sammlungen zu führen. Wenn nun auch die Sammlungen mehr und mehr eingeschränkt werden, ganz verschwinden werden sie nicht, denn darauf unter allen Umständen zu verzichten wird, so lange Streiks zu führen sind, nicht gut möglich sein.

Außerlich der für Streiks gesammelten Gelder betrug die Gesamteinnahme der Kartelle M 672.545. Der in den Kassen der Kartelle zu Beginn des Jahres vorhandene Kassenbestand betrug M 297.100, so daß den Kartellen insgesamt eine Summe von M 989.645 für die laufenden Ausgaben zur Verfügung stand. Die gesamten Ausgaben beliefen sich auf M 559.981 und somit festgestellt werden konnte, war am Schluß des Jahres 1906 ein Gesamtbestand von M 429.783 vorhanden. Es wurden ausgegeben für Agitation M 66.777, für Arbeitervertretungen M 22.374, für Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle M 60.682, für Herbergen und Arbeitsnachweise M 5283, für Arbeitersekretariate, Auskunftsbüro, Bibliotheken und Leihhallen M 157.404, für Verwaltung, worunter auch teilweise die Verwaltung der Arbeitersekretariate zu verstehen ist, M 121.077 und für sonstiges M 188.994. In der letzteren Summe sind M 5080 für statistische Erhebungen gemachte Ausgaben enthalten.

Auf welchen Gebieten die Mehrzahl der Kartelle sich hervorragend betätig, läßt sich am besten an den aufgewandten Kosten ermessen. Der Agitation haben die Kartelle ungewöhnlich im letzten Jahr weit mehr Aufmerksamkeit zugewendet, als in den Vorjahren. Wiederholte wiesen wir darauf hin, daß die Kartelle diese ihre Hauptaufgabe teilweise ungern und, zum Teil gar nicht erfüllen, und mit Verbreitung können wir heute die eingetretene Besserung konstatieren. Ebenso sehen wir, daß die Kartelle immer mehr den Charakter als Erziehungsanstalten annehmen. Die Summen, die von den Kartellen für Auskunftsteilung, Bibliotheken und Leihhallen aufgewendet werden, sind rapid gestiegen. Während 1903 für diese Zwecke von 211 Kartellen M 69.737 verausgabt wurden, haben 1906 331 Kartelle die Summe von M 157.404 für solche Zwecke verwendet.

Unsere Kartelle haben der gegenwärtigen Gewerkschaftsarbeit ebenso im letzten Jahr weit mehr Aufmerksamkeit zugewendet, als in den Vorjahren. Wiederholte wiesen wir darauf hin, daß die Kartelle diese ihre Hauptaufgabe teilweise ungern und, zum Teil gar nicht erfüllen, und mit Verbreitung können wir heute die eingetretene Besserung konstatieren. Ebenso sehen wir, daß die Kartelle immer mehr den Charakter als Erziehungsanstalten annehmen. Die Summen, die von den Kartellen für Auskunftsteilung, Bibliotheken und Leihhallen aufgewendet werden, sind rapid gestiegen. Während 1903 für diese Zwecke von 211 Kartellen M 69.737 verausgabt wurden, haben 1906 331 Kartelle die Summe von M 157.404 für solche Zwecke verwendet.

Unsere Kartelle haben der gegenwärtigen Gewerkschaftsarbeit ebenso im letzten Jahr weit mehr Aufmerksamkeit zugewendet, als in den Vorjahren. Wiederholte wiesen wir darauf hin, daß die Kartelle diese ihre Hauptaufgabe teilweise ungern und, zum Teil gar nicht erfüllen, und mit Verbreitung können wir heute die eingetretene Besserung konstatieren. Ebenso sehen wir, daß die Kartelle immer mehr den Charakter als Erziehungsanstalten annehmen. Die Summen, die von den Kartellen für Auskunftsteilung, Bibliotheken und Leihhallen aufgewendet werden, sind rapid gestiegen. Während 1903 für diese Zwecke von 211 Kartellen M 69.737 verausgabt wurden, haben 1906 331 Kartelle die Summe von M 157.404 für solche Zwecke verwendet.

Die Zahl der für Streiks verantwortlichen Gewerkschaftskartelle ist 1906 auf 157 und die der dazu gehörigen Ortsvereine auf 559 angegeben. Auch diese Angaben dürften den tatsächlichen Verhältnissen ziemlich entsprechen. Von einem wesentlichen Fortschritt kann bei den vorhergehenden Jahren nicht der Fall war. Es sind danach in 180 Orten neben unseren Kartellen auch christliche vorhanden; das besagt, daß in diesen Orten die christliche Bewegung zu einer gewissen Bedeutung gelangt. Über die Stärke der christlichen Kartelle sind unsere Genossen nur wenig informiert; denn nur 79 Kartelle waren in der Lage, Angaben über die Zahl der den christlichen Kartellen angehörenden Gewerkschaften machen zu können. Die Gesamtzahl der christlichen Gewerkschaften in 79 Kartellen beträgt 412. Christliche Arbeitersekretariate und Volksbüro auf sind in 80 Kartellorten vorhanden. Diese haben sich seit 1905 nicht wesentlich vermehrt. Trotzdem muß man anerkennen, daß die Christlichen ihren Verhältnissen entsprechend auf diesem Gebiete die Möglichkeiten zu leisten suchen.

Die Zahl der Hirsch-Dunderischen Ortsverbände wird auf 157 und die der dazu gehörigen Ortsvereine auf 559 angegeben. Auch diese Angaben dürften den tatsächlichen Verhältnissen ziemlich entsprechen. Von einem wesentlichen Fortschritt kann bei den vorhergehenden Jahren nicht der Fall war.

Die Zahl der Hirsch-Dunderischen Ortsverbände wird auf 157 und die der dazu gehörigen Ortsvereine auf 559 angegeben. Auch diese Angaben dürften den tatsächlichen Verhältnissen ziemlich entsprechen. Von einem wesentlichen Fortschritt kann bei den vorhergehenden Jahren nicht der Fall war.

Die Zahl der Hirsch-Dunderischen Ortsverbände wird auf 157 und die der dazu gehörigen Ortsvereine auf 559 angegeben. Auch diese Angaben dürften den tatsächlichen Verhältnissen ziemlich entsprechen. Von einem wesentlichen Fortschritt kann bei den vorhergehenden Jahren nicht der Fall war.

Wirtschaftliche Rundschau.

Prozeß gegen Petroleumtrust, der Petroleummarkt im allgemeinen — Rekordausfuhr in England — Deutschland.

Die amerikanischen Wörter haben wieder einmal die Führung der Waissebewegung übernommen. Das entspricht dem Gefühl der allgemeinen Un Sicherheit, das darüber über dem Ozean gleichfalls herrscht und beispielweise alle Eisenbahnlinien für später Zeit verbündet, weil die großen Eisenbahnen der Union einen Preissatz mindernden möglich halten und sich deshalb jetzt auf der Grundlage noch immer recht hoher Preise zu nichts verbündeten wollen; man hält sich zurück, weil man in Zukunft keine höheren Preise zu bewilligen braucht, also nichts weiteren kann, weil man aber wahrscheinlich später seinen Bedarf wesentlich billiger bedenken, also durch Warten nur gewinnen kann.

Ihren besonderen Anfall jedoch fand die Bahnstromdramaturie in Wall Street (der New Yorker Börse) in dem Urteil, das am 8. August, der Chicagoer Richter Landis gegen die Standard Oil Company, gegen den sogenannten Petroleumtrust verhängte. Der Modellexzess hat, wegen nachgewiesener 1462 Fälle verbreiter Vahrtarifübergünstigungen, nicht weniger als 29,24 Millionen Dollar (rund 120 Millionen Mark) Strafe zu zahlen, wohil die höchste Strafe, auf die jemals von einem Gericht erkannt worden ist. Dazu kommt Richter Landis, unter dem Vorfall der zahlreichen Hubberkohle, die Truflleiter „schlimmer wie Falschmünzer und Posträuber“; er befürchtete, daß er sie nicht ins Gefängnis legen könnte. Sterbel spielt natürlich die parteipolitische Demagogie eine große Rolle. Die republikanische Partei, oder doch der Republikanische Flügel derselben, sucht zu verbünden, daß die zusehends wachsende Wählererregung gegen die Truflleiter schließlich den Demokraten nützt, die den Kampf gegen die „kapitalistischen Ungehauer“ von jeher betrieben und für den Stimmenfang ausgenutzt haben. Zu weit wird man jedoch kaum gehen wollen, denn für den republikanischen Wahlstand weigen die „Befürworter“ des großkapitalistischen Unternehmers und Spekulantenlandes unerträglich schwer. Das Urteil des Bundesbezirksgerichts in Chicago ist in der Tat gar sehr enttäglich. Die höheren Instanzen sind bereits angerufen, und mit dem Haupteinwand gegen die Landische Begründung ist man schon vor der Offenheitlichkeit heraufergriffen. Das bundesgesetzliche Verbots von Eisenbahnenstrafverfahren — der Trufl zahlte pro Zentner statt 18 Cents immer nur 6 Cents, also lediglich ein Drittel — gilt nämlich nur dem „Zwischenstaatsverkehr“, da die Einzelstaaten ebenfalls jeden Eingriff in ihrer inneren Verkehrsbehörden ablehnen. Tatsächlich bezogen sich nun die gerichtlich untersuchten Truflstrafverträge mit der Chicago-Alton und anderen Eisenbahngelehrten nur auf Transportstrecken innerhalb desselben Einzelstaates. Indes kommt es — unterliegeren liegt die Berufung vor allem ein — nach Richter Landis darauf nicht an; durchschlagend sei vielmehr, ob die Waren selber, um die es sich handelt, auf ihrem Gesamtweg vom Staat zu Staat gehen, die vereinbarte geheime Frachtabgünstigung obwohl sie formal lediglich für die Teilstrecke innerhalb eines und desselben Partikularstaates zugestanden sei, wirke also dann genau so wie eine künftige Verbilligung der ganzen Transportstrecke, die vertrieden in den Staaten durchschiede. Wollte die Rechtsprechung die Schlussfolgerung nicht ziehen, so liefern sich alle Zwischenstaatsgesetze der Union dadurch umgehen, daß man jede verbreitete Einheit aufziehe in eine Summe von zu lässigen Teilen.

Gleichviel, ob die oberen Instanzen diesem verhünftigen Gedankengang ihrerseits folgen werden, jedenfalls hat das erstaunliche Urteil wie ein Schreckschuss auf die Trustkette und die Bankverbündeten, also in erster Linie auf die amerikanische Großfinanz und Börse gewirkt. Denn ähnliche Prozesse gegen die Standard Oil Company sind noch in anderen Staaten anhängig, in Louisiana, in Missouri, in Kalifornien und Newyork. Härter soll nunmehr, auf Grund des angekündigten Beweismaterials, gegen die Bahngeführte des letzter vorgegangen werden. An den Bahnen — Staats- und Bundesbahnen kennt Amerika noch nicht — hängen jedoch Lebensinteressen der Bananen, der südlichen Spezialplantaudämpfungen. So ist die Verhüttung der Börse erklärlich. Ob die Erfüllung jedoch so leicht gegeben wird? Das würde allen bisherigen Erfahrungen in den zu untersuchenden Antitrustsitzungen Amerikas widersprechen. Auch andere fristige Zweifel schweben sich gegen diese Art der Trustbekämpfung. Einmal sind 120 Millionen Mark, so enorme Strafe scheint, für das Rockefellersmonopol noch immer eine Kleinigkeit; noch nicht drei Viertel einer einzigen jährigen Durchschnittsdividende (in den Jahren 1898—1900 wurden in Summa 380 Millionen Dollar Dividende verteilt). Einem solchen Wallmonopol würde es sogar nicht schwer fallen, die gerichtlichen Strafen, wie alle Mebrausgaben von dem Konzern wieder hereinzuholen und einzutreiben, wenn auch nicht in einem einzigen Aulauf. Es wäre ein vollendeter Widersinn, wenn die bürgerliche — demokratische oder republikanische — Parteilagitation zuletzt in einer noch stärkeren Schöpfung der Verbraucher endete!

Mit Bestimmtheit läßt sich darüber kaum allzuviel sagen. Tatsache ist allerdings, daß die Ausbreite der russisch-saalfeldischen Produktion, der Produktion Guajiras, Rumäniens, Sumatras mit den Jahren wesentlich geschritten ist. Nur zu Recht durch die Unruhen im Staatsfus einen starken Rückschlag erlitten, die Befreiungswinngung der Philippinenkolonie hatte 1904 814,6 Millionen Pub. betragen, seit jedoch in den nächsten Jahren auf 410,8 Millionen Pub. in 1906 und 445 Millionen Pub. in 1908; was sich im eigentlichen Produktionsgebiete bestätigt, müssen die gerütteten allgemeinen Verkehrs- und Kreditverhältnisse in Manila wieder verbergen. Wenn wir deshalb die deutsche Verborgung zum Ausgangspunkt nehmen, so haben nur die rumänischen und österreichischen (galizischen) Zusunten eine größere Auslieferungsfähigkeit, befindet. Am rohstoffreichen Petroleum — die Einfuhr von Nobelpetroleum verschwindet nach wie vor blossen — mußten hier ung. einschreiten.

Das Übergewicht Amerikas ist hier nach noch immer ganz gewaltig. Dazu kommt, daß die anderen Bautüren gleichfalls ihre Kartellorganisationen gefunden haben, zum Teil sogar unter Mitwirkung amerikanischer Kapitals, so daß lebhafte Preisunterbietungen kaum wahrscheinlich sind. Allerdings ist das österreichische Petroleumspolitik lediglich aus dem Letzten gegangen, jedoch nur, weil die widerstreitenden Interessen einer „Neorgani-sation“ auf anderer Grundlage zu erreichen wünschen. Schon jetzt der zweiten Ölminute haben wir deshalb steigende und sinkende Petroleumpreise. War gegen Ende 1905 eine Höhepunkt mit $\text{M. } 7,40$ für Standard-Büchle erreicht, so bröckelte die Preise 1906 bis auf $\text{M. } 6,80$ ab, hielten sich zunächst 1907 auf ungefähr gleichem Niveau, um seit M. 1908 wieder emporzugehen, so daß in der abgelaufenen Woche $\text{M. } 7,25$ die Regel bildeten. Von einem vorübergehenden Konkurrenzkampf ist hier nichts zu spüren und die nächste Bautufe wird kaum ein anderes Angebot bieten. Die Standard-Öl Gesellschaft hat schon so oft in konkurrierungsgefährdeten Gebieten den Gegner durch lokale Preisermäßigungen mirksam gemacht, daß ihr auch jetzt niemand leicht den Geschäftsaufschluß禁merksam wird.

Eine starke Rückwirkung der amerikanischen Verstimmungen auf Europa war auch sonst kaum zu befürchten. In England wurde man sogar den überaus glänzenden Handelsausweis für den Monat Juli zur Belebung des Mutes. Einige wie Aufführung zeigten von neuem steigende Wertermittlungen, die Aufschwung stand noch mehrfach im Juli so hoch — allerdings umfasste der diesjährige Juli einen Arbeitszeitraum mehr als 1906 — und im allgemeinen fügte die Berechnung auf einer höheren Preisgrundlage, so dass die Gewinnsummen nicht ganz so rasch gewachsen wie die Verstimmungen. Wir geben die Ziffern und den Zuwachs gegen das Vorjahr wieder:

Ueberhaupt Psd. St.	Mehr gegen das Vorjahr Psd. St.	In Prozenten mehr gegen das Vorjahr
------------------------	---------------------------------------	---

Am Juli 1907

Einführ.	52218304	8605505	7,4
Ausfuhr.	40452331	7009869	20,9
Bloße Wiederausfuhr*.	7888291	1828966	21,9
In den sieben Monaten bis Ende Juli 1907			
Einführ.	380569214	31498879	9,0

Gesamt	380562214	314258579	9,0
Ausfuhr	246769800	327383292	15,2
Bloße Wiederausfuhr	58987547	8459840	16,7

Ohne den Wert der Außenhandelsziffern zu überschätzen, wird sich das zweifellos als Beweis des noch immer guten Geldflusszanaes ansehen dürfen.

"Die Ufa-Länder sind seit dem letzten Nebenbild kaum befürchtete Kriegseinheiten hervorgegetreten. Bezeichnend ist es aber wohl, daß fast jede Woche von ihren kleinen Zusammenbrüchen zu verzeichnet hat, ohne jedoch zu ernstlichen Schätzungen oder gar zu ernstlichen Katastrophen zu führen. So stellte Anfang Juli die Berliner Holzfirme G. Giulad Cohn ihre Zahlungen ein, mit Verpflichtungen von über einer Million Mark; einige kleinere Firmen in Berlin und Steitien haben ihre engen Beziehungen an den größeren Unternehmen mit dem

Die Erneuerbarhüte sind bei uns — und anderwärts — noch immer nicht klar zu übersehen; doch kommen nunmehr die schlimmsten Verhüchtungen überhanden, die in den letzten Jahrzehnten und Anfang Zillt nochmals mit besänftiger Kraft erwartet und auch die Getreidepreise nochmals etwas nach oben drängten.

August 1907. Max Schippel.

Politische Umschau

Gegen das reaktionäre Wahlrecht zum preußischen Landtage will nun auch die bürgerliche Linke erneut vorgehen, nachdem sie von der Sozialdemokratie jahrelang vergeblich dazu aufgefordert wurde. Der Rüter im Streit ist der Abgeordnete R. Maumann, der als Erfolg für das heute in Preußen geltende Dreiflassenswahlrecht die Übertragung des Reichstagwahlrechts fordert. Maumann will Demokrat sein, und da ist es nur konsequent, wenn er alsst Herren doktern an dem alten Wahlrecht verwirkt und dasselbe fordert, was auch die Sozialdemokratie stets gefordert hat. Ihnen haben sich dann noch einige andere Freiheitlinige angeschlossen, so der Südbayerische Payer und Schrader, der Führer der freisinnigen Vereinsigung. So sehr es von unserem Standpunkt aus zu begrüßen ist, wenn sich auch die noch freilich gesuchten Rechte des Bürgertums für diese dringend nötige politische Reform ins Zeug legen, so kann uns doch aber doch nicht erhalten, ihrem Beginnen mit äußerst kritischen Blicken zu folgen. Nicht als ob wir bestreiten, ein energisches Vorgehen der bürgerlichen Linken könnte der Sozialdemokratie Abbruch tun; wir fragen nicht danach, wer die Spize in diesem Kampfe gegen das reaktionäre Landtagwahlrecht bildet, und in diesem Sinz und Erfolg durch ein wahrhaft demokratisches Wahlrecht die Hauptlinche und jeder Kämpfer ist uns dabei willkommen, aber wir können den Glauben der Freiheitlinigen nicht teilen, daß sich diese Reform mit Hilfe der Regierung erzielen läßt. Und darauf läuft der ganze Kreislogus Raumanns hinaus. Nehm, eine wahrhaft demokratische Wahlreform läßt sich in Preußen nur gegen den Widerstand der Regierung und bei Junkerunterstützung erreichen. Das sollte doch eigentlich so klar sein, daß kein politisch einflößiger Mensch davon zweifeln könnte. Die Freiheitlinigen glauben, mit dem Freistimmen nationalen Block zu halten, das Wahlrecht trotz des Widerstandes der Konföderativen in dem von ihnen geforderten Sinne reformieren wird. Fürwahr, das ist eine solch kindliche Ansicht, daß man sich fragen muß, ob da der ganze Vorstoß überhaupt ehrlich gemeint ist. Wie wollen dann die Aufsichtsfähigkeit derer um Raumann und Schrader nicht beweisen, aber ihr Verhalten könnte ja fälschlich solche Auffassung wagen.

* Re-export: Hier wird England nur als großer Zwischenhäubler, der z. B. Kolonialprodukte herbeitransportiert und dann auf andere Märkte liefert.

	1904 Doppel- groschen	1905 Doppel- groschen	1906 Doppel- groschen
Insgesamt	9705986	9484780	9506898
Davon aus den Verein. Staaten	7771404	7608291	7801836
Europa	1818883	1188783	980390
Habsburgerl. Ungarn	4288098	588920	598872
Münzen	70904	19045	110507

Wahlrecht für Preußen fordere. Man solle sich auf das beschränken, was „nach Lage des Sach“ zu erreichen sei, ohne den Bestand des Staates zu gefährden. Dieß und andere freisinnige Blätter sind der Meinung, daß man sich mit dem beginnen müsse, was die Regierung gewähren würde, und das ist, soweit man bis jetzt etwas darüber weiß, ein Verklassenwahlrecht mit absonderlicher Gliederung. Also ein Wahlrecht, bei dem es der Arbeiterklasse vielleicht möglich sein würde, eine beschränkte, einzahlige Vertreterin, vielleicht ein Drittel aller Abgeordneten, aus Preußenmandat zu setzen, das aber an dem nationären Charakter dieses Parlaments auch nicht das geringste ändern würde. Für die Stellung eines Parlaments

in Arbeiterfragen kommt nicht allein in Betracht, wieviel Arbeiterverteile im Parlament sitzen, sondern auch, welchen Einfluss die Gesamtheit der Arbeiter auf die ganze Zusammensetzung des Parlaments ausüben kann. Bei einem ständig gesiedelten Wahlrecht ist dieser Einfluss nur sehr gering, woraus sich ergibt, daß der Arbeiterverteil mit einer solchen Reform, wie sie die Regelung gnädigst gewährt wird, nicht, aber doch nur sehr wenig gefährdet ist. Wir haben bisher die scharfe Kritik mancher Parteiblätter an dem Verhalten des Preußens in der Wahlrechtsfrage aus tatsächlichen Gründen nicht gerade billigen können; wenn sich der Preußisch-er mit dieser „Reform“ zufrieden geben sollte, wenn er jetzt von einer weiteren, ehemaligen Propagierung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für den preußischen Landtag absehen sollte, so verbietet er die allerfeindseligste Abstimmung.

Über die Stellung des Z e n t r u m s zur Frage der Wahlrechtsreform ist noch eine völlige Klarheit vorhanden. Große Neigung zu einem christlichen Kampf gegen das bestehende Wahlrecht hat das Zentrum sicherlich nicht. Es wird nur dann einzuwenden sein, wenn seine Arbeitervähler mit Ungerechtigkeit drohengängen. Es hat den Anschein, als wenn das geschehen sollte. Eine sehr beachtenswerte Neuerung darüber sind dannen wir in der Nr. 33 der "W a g e w e r k s - a f f i ", in einem Artikel, der sich gegen den § 28 des preußischen Einkommensteuergesetzes richtet. Es heißt dort: „Es wäre zu wünschen, daß die zur Zeit von den Liberalen erwartete und teilweise auch betriebene Wahlrechtsreform zum preußischen Abgeordnetenhaus greifbare Formen annnehmen mödte.“ Die Übereinstimmung des Reichstagswahlrechts auf das Abgeordnetenhaus wäre die sicherste Gewähr für den Zugang eines wirtschaftlich sozialen Geistes in dieses Haus und damit der Beseitigung der Ungerechtigkeit, die dort regeht wird. Die Vergleichequelle, die Behandlung der Konsumvereine und des in vorstehendem gefestigten Gesetzes § 28 sind Wahlrechten dieses Hauses, welche die deutsche Arbeiterschaft so leicht bereichern kann.“

Wie stützen den rückhaltlos zu und wünschen nur, daß das Blatt diese Auflistung festhalten möge. Das Beiträgeramt nur durch seine Arbeitnehmerwähler vorwärts getrieben werden. Hoffentlich kommt es nicht wieder so, wie bei den Kämpfen um den Bolzart, wo die Opposition der Beitragsarbeiter brutal und lästig unterdrückt wurde.

Unsere Stellung ist gegeben. Wie werden selbstverständlich Aktion unternehmen, die geeignet erscheint, die Forderung nach einem wahrhaft demokratischen Wahlrecht zum Landtag

Gewerkschaften als Förderer der Wissenschaft. Die

Gewerkschaften als Förderer der Zivilisation. Dr. Lipaiger Volkszeitung schreibt:

"Wohin in Breiten kein Geld da ist, lehrt das Schriftsal der Berliner Sternwarte in Treptow. In einem häuslichen, gänzlich ungurkenden Gebäude im Treptower Park muß dieses wissenschaftliche Institut, das schon vielen Hunderttausenden Belehrung und Genuss verschaffte, seinen wichtigen Arbeiten obliegen, eine kostbare Bibliothek nebst Apparaturen aufbewahren. Geld für einen zweckentsprechenden Neubau hat weder der Staat, noch die Kommune, noch sonst jemand übrig. Lumpig! A 250 000 sind daqü nötig, das Institut aus seiner armen Verlegenheit zu befreien, bis jetzt sind aber von Privatleuten erst A 96 000 aufgebracht, während sich die Stadt Berlin damit begnügt, die hierprozentige Vergütung eines Kapitals von A 100 000 zu garantieren. Nun mehr hat sich der Direktor der Sternwarte an die freien Gewerkschaften gewandt und ihnen den Vorschlag gemacht, diese möchten gegen Überlassung von 100 000 Doppelbillets die Summe von A 80 000 für die Zwecke eines Neubaues bewilligen. Da die organisierte Arbeiterschaft von jeher ein stetes Kontingent zu den regelmäßigen Besuchern der Sternwarte stellt und ein großes Interesse an dem geordneten Weiterbestande dieses Instituts hat, wird der Vorschlag von ihr höchstens angenommen werden, und es wird dann endlich möglich sein, mit Hülfe des Geldes der Arbeiter zu einem würdigen Neubau für die Berliner Sternwarte zu gelangen."

Eine größere Schmach ist dem preußischen Staat jähnt der „fristlosem“ Verwaltung seiner Hauptstadt noch nicht zu teil geworden. „Für ein Institut, um dessen wissenschaftlichen Wert und die ganze Welt bereitet, hat der Staat der Akademie von „Bildung und Besitz“. Kein „Geld“ übrig. Die Wissenschaft muß zu den Arbeitern kommen, zu den Massen, die nach der heute geltenden Ansicht noch zu „unreif“ sind, als daß ihnen die vollen politischen Rechte, die dafür aber jeder Bürgervirt hat, übertraut werden könnten. So ist es recht!

Parteibündler und Alloholismus. Unter dieser Überschrift wissen bürgerliche Blätter ihrem Lesers etwas recht "Erbauliches" und "Wohlendes" mitzuteilen. Der Verbandstag der freien Gewerke Deutschlands, der kürzlich stattfand, nahm zur Anti-Alloholbewegung Stellung in einer Resolution, in der es heißt: "Der Verbandstag hat vollstümliche Blecherungen über die schädlichen Wirkungen des übermäßigen Alloholgenusses für gebeten, protestiert aber zugleich ganz entschieden gegen die teils übertriebenen, teils albernen Behren, sogenannter Abstinente, die allein Eben, alle menschlichen Gebrächen und Unvollkommenheiten und sogar die Degeneration der Arbeitersklasse aus dem Schnaps- und Biergenuss herleiten und damit abhängig und unachtfältig den Machthabern und bestiften Mäffen alle Verantwortung für die Not und elende Lage des eigenen Volkes abnehmen".

Dieser Beschluss muß der bürgerlichen Presse natürlich dienen, die freien Gauwirte und die Sozialdemokratie zu verunglimpfen. Die Gauwirte sind natürlich „Parteidübler“, die „roten“ Gauwirte, höhnisch bemerkt die „Germania“, daß sie ganz zielbewußt sind, wenigstens was ihren Geldbeutel angeht. Und die „Nationalzeitung“ schreibt:

„Das ist doch Geschäftsföderalismus in optimo forma. Wir glauben aber nicht, daß die Herren es nötig gehabt hätten, so aufzutreten; der Parteitag wird ihnen schon nichts tun, aber sie höchstens zu einer seiner bekannten vieldeutigen Resolutionen aufzutreiben. Niemand scheint sich gern ins eigene Fleisch, und die Censure als Parteidübler bedeutet doch für so manchen hoffnungsvollen Geist, der es in seinem eigenen Beruf nicht recht zu etwas bringen kann, den leichten Ausweg, den sich niemand durch eine energische Propaganda gegen den Alkohol abschneiden möchte.“

Es verlohnt sich wohl, diese ebenso dummen wie ge häftigen Bemerkungen niedriger zu hängen. **Mit der Organisationen der Gauwirte, die sich „guter Gesinnung“ rühmen und streng antisozialdemokratisch gehärten, haben auch und zwar schon vor weih wie oft, Beratungen gegen die Anti-Alkoholbewegung genommen, meist sehr scharf. Ihre Ausführungen lassen allerdings die spezielle Anstrengung auf die Arbeiterschaft vermissen. Was die freien Gauwirte in diesem Punkte sagen, ist nicht unbegründet. Wie selbst haben uns ja auch schon in diesem Sinne ausgesprochen, und zwar unter entfiedener Verurteilung des übermäßigen und ungünstigen Genusses geistiger Getränke. Wenn nach der Behauptung der bürgerlichen Blätter die freien Gauwirte die „Parteidübler“ der Sozialdemokratie sind, dann dürfte es auch wohl gestattet sein, die „aufgezogene“ Gauwirte als „Parteidübler“ der sog. besseren und besten Gesellschaft zu bezeichnen. So mag sein, daß hier ein freier Gauwirt in Geschäftsföderalismus macht. Aber was will das besagen gegenüber der Tatsache, daß ohne Zweifel der größte Teil ihrer nichttrunken Kollegen einen unangreifbar niedrigen Geschäftspatriotismus huldigt? Der freie Gauwirt ist, möglicherweise gleich kein überzeugter Sozialdemokrat, dennoch zeigt dem Nutzen Sozialdemokratie als solche bei sich aufzunehmen, ihnen seine Vorteile zur Verfügung zu stellen. Ihre Kollegen anderer Sorte nehmen zwar auch gar nicht das Geld der Sozialdemokratie, denn das ist ja nicht rot und verrät seine Herkunft nicht; aber wenn es sich darum handelt, sozialdemokratische Arbeiter als Versammlungsbesucher bei sich aufzunehmen, dann tritt die hoherenwertigen Herren aus Geschäftsinteresse vor der Polizei und den Militärbördern ins Mausoleum. Und würde man untersuchen können, wieviel dieser Herren es in ihrem eigentlichen Beruf zu nichts bringen könnten und deshalb Gauwirt würden, so würde sich wohl zeigen, daß die Masse der freien Gauwirte ihnen gegenüber auch in diesem Punkte noch mit Ehren bestehen können. Jedoch hat kein sozialdemokratischer „Parteidübler“ etwas gemein mit den höhnen beobachteten Elementen, die Antimaterialien, Spielböllen, versteckte und offene Bordelle halten, die von den goldenen Jugend und vom honetem Bürgerum frequentiert werden. Wie wär's, wenn die bürgerliche Presse diesen elstesten Alkoholanzanen mal eine Episzel halten würde?**

Die Wünsche der Hausbesitzervereine, die auf deren Generalversammlung in Hamburg laut geworden sind, zeigen wieder einmal, mit welcher Rücksichtslosigkeit diese Organisationen den wirtschaftlichen Fortschritt überall da befämpfen, wo er den Sonderinteressen der Hauses und Grundbesitzer nicht entspricht. So gab die Generalversammlung dem Wunsche Ausdruck, die durch industrielle und kommerzielle Hochkonjunktur geförderte „ungezogene“ und „freie“ Bauaktivität dadurch einzuhämmern, daß eine Regelung nach dem „Befar“ erfolgen, d. h. die private Baufähigkeit zu Gunsten der bisherigen Besitzer an behördliche Genehmigung gebunden werden würde.

Dieser Vorschlag geht darauf hinaus, auf Kosten der Allgemeinheit den Hausbesitzern ein Monopol unter sozialem Schutz zu bieten. Bisher ist von allen verständigen Sozialpolitikern eine Ausdehnung der staatlichen Befreiungen gefordert worden, die dazu dienen soll, die Schote der Hygiene und der Leidenschaft im Wohnungsbau zur Gestaltung zu bringen. Die Tendenz der Hausbesitzervereine aber kommt zu dem in gegenwärtigen Standpunkt, zur Abschaffung der Konkurrenz zwecks materieller Stärkung der augenblicklich existierenden Hausbesitzer nach der Klinke der Begehung zu tasten. In gleichen Gedankengängen bemühen sich die Ausführungen über die verberbliche Kommunalpolitik, die durch umfängliche Eindringung von Vororten und ausgedehntem Ausbau der Straßenbahnverbindungen die Vermehrung leerstehender Wohnungen begünstigte.

Ein nationalökonomisches Blatt, der „Hannoversche Courier“, bemerkt dazu:

„Da die Neubauten in den leicht erreichbaren Vororten mit allen modernen Einrichtungen versehen seien, trate ein Sinden der Ritter in den inneren Stadtteilen mit ihren weniger bequemen und hübschen Wohnungen ein. Unter keinen Umständen vermöge man einzusehen, wie dieser natürlichen Abwanderung Grenzen gesetzt werden sollen, wann nicht zu gleicher Zeit die alten und minderwertigen Wohnungen auf den Stand der neuen gebracht werden. Über abgetrennt davon abgetrennt das Geschäftsscheine ohne weiteres in den Großstädten den früher zu Wohnzwecken benutzten Raum. Ein Sinden des Grundwertes an sich ist damit durchaus nicht verbunden. Daß aber auch für die neuen Zwecke an Stelle längst amortisierter Gebäude neue errichtet werden müssen, das wird freilich nicht verwunden lassen.“

Die Hausagrarier verstehen sich schon auf ihren Vor teil. Zug das allgemeine Interesse noch so sehr darunter leben; sie machen unter allen Umständen ihre Sonderinteressen geltend, wozu sie ja übrigens auch sehr erhebliche Schädigungen des Bauwesens ergeben.

„**Zweiter deutscher Arbeiterkongress.**“ Was ist das für eine Veranstaltung? Bekanntlich hielten die christlichen Gewerkschaften im Oktober 1908 einen so genannten „deutschen Arbeiterkongress“ ab. Nun war dort nur ein kleiner Bruchteil deutscher Arbeiter vertreten, über das mußte nichts, die Westsiedlerei erklärte: „Deutlicher Arbeiterkongress“ wurde doch gebraucht. Jetzt nun ist von denselben Seite der „Zweite deutsche Arbeiterkongress“ zum 20., 21. und 22. Oktober d. J. nach Berlin einberufen worden. Wie wir aus der betreffenden Ankündigung ersehen, sind eingeladen außer den Verbänden, die an dem Frankfurter Kongress teilgenommen haben, alle diejenigen Verbündungen der Arbeiter, Arbeiterrinnen, Geflüchteten, Dienstleistern und Angestellten, die auf dem Boden christlicher Weltanschauung und nationaler Gefinnung stehen, gewerkschaftliche Grundsätze annehmen und eine Fortführung der sozialen Reform anstreben. Die Verhandlungen finden in den Germania-Häusern zu Berlin statt.“

Es verlohnt sich wohl, diese ebenso dummen wie ge häftigen Bemerkungen niedriger zu hängen. **Mit der Organisationen der Gauwirte, die sich „guter Gesinnung“ rühmen und streng antisozialdemokratisch gehärten, haben auch und zwar schon vor weih wie oft, Beratungen gegen die Anti-Alkoholbewegung genommen, meist sehr scharf. Ihre Ausführungen lassen allerdings die spezielle Anstrengung auf die Arbeiterschaft vermissen. Was die freien Gauwirte in diesem Punkte sagen, ist nicht unbegründet. Wie selbst haben uns ja auch schon in diesem Sinne ausgesprochen, und zwar unter entfiedener Verurteilung des übermäßigen und ungünstigen Genusses geistiger Getränke. Wenn nach der Behauptung der bürgerlichen Blätter die freien Gauwirte die „Parteidübler“ der Sozialdemokratie sind, dann dürfte es auch wohl gestattet sein, die „aufgezogene“ Gauwirte als „Parteidübler“ der sog. besseren und besten Gesellschaft zu bezeichnen. So mag sein, daß hier ein freier Gauwirt in Geschäftsföderalismus macht. Aber was will das besagen gegenüber der Tatsache, daß ohne Zweifel der größte Teil ihrer nichttrunken Kollegen einen unangreifbar niedrigen Geschäftspatriotismus huldigt? Der freie Gauwirt ist, möglicherweise gleich kein überzeugter Sozialdemokrat, dennoch zeigt dem Nutzen Sozialdemokratie als solche bei sich aufzunehmen, ihnen ihre Vorteile zur Verfügung zu stellen. Ihre Kollegen anderer Sorte nehmen zwar auch gar nicht das Geld der Sozialdemokratie, denn das ist ja nicht rot und verrät seine Herkunft nicht; aber wenn es sich darum handelt, sozialdemokratische Arbeiter als Versammlungsbesucher bei sich aufzunehmen, dann tritt die hoherenwertigen Herren aus Geschäftsinteresse vor der Polizei und den Militärbördern ins Mausoleum. Und würde man untersuchen können, wieviel dieser Herren es in ihrem eigentlichen Beruf zu nichts bringen könnten und deshalb Gauwirt würden, so würde sich wohl zeigen, daß die Masse der freien Gauwirte ihnen gegenüber auch in diesem Punkte noch mit Ehren bestehen können. Jedoch hat kein sozialdemokratischer „Parteidübler“ etwas gemein mit den höhnen beobachteten Elementen, die Antimaterialien, Spielböllen, versteckte und offene Bordelle halten, die von den goldenen Jugend und vom honetem Bürgerum frequentiert werden. Wie wär's, wenn die bürgerliche Presse diesen elstesten Alkoholanzanen mal eine Episzel halten würde?**

Was das ganze Unternehmen, genau so wie das erste, nur den Zweck hat, den herzlichen Gewalten und Parteien die gute, ordnungspolitische Gefinnung der christlichen Gewerkschaften zu demonstrieren, ist offenbar. Aber es könnte sich auch jetzt wieder ereignen, wie vor vier Jahren, daß einzelne Herren aus der Nolle fallen und Dinge sagen, die den Herren Ordnungspolitikern höhere Art nicht gefallen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hamburg: Kirchwärder (Streik), Ochsenwälder (Sperre über Blecken, Neben in Spatenland und Mint in Moorfließ), Lübeck (Differenzen); Schleswig-Holstein:

Kellinghusen-Wrist, Wulfsmoor, Segeberg, Rickling (Streiks), Bordesholm, Voerde (Differenzen), Reinfeld (Sperre über E. Haeger); Mecklenburg:

Stolze (Sperre über Holdorf), Rostock (Differenzen), Güstrow (Sperre über Thielke), Giebow (Sperre über Kortf); Brandenburg:

Berlin und Vororte (Differenzen), Kalkberge-Rüdersdorf, Bennigkendorf-Hersfeld, Hirschgarben (Streiks), Mittenwalde (Sperre über Rehfeld, Kreiskrankenhaus und Saalbau in Gollau); Pommern:

Stolp (Aussperrung), Cammin, Gartz a. d. O. (Streiks), Pöllitz (Sperre über Paape), Grafschaft (Differenzen bei Zimmerern und Bauarbeitern), Belgard (Differenzen), Pyritz (Sperre über Friedrich Berg); Ost- und Westpreussen:

Zoppot (Streik), Marienwerder (Differenzen), Konitz (Sperre über Hermann), Sensburg (Sperre über Rehse), Memel (Sperre über Richtmeier und Schmidt); Sachsen:

Schwersen (Streik), Schneidemühl (Differenzen), Muskau (Sperre über Stützmagazin und Lau), Küllitz (Sperre über Klein), Rawitsch (partieller Streik), Neusalzbrunn (Sperre über Tässler); Künigl. Sachsen:

Leipzig (gesperrt sind die Firmen Marian & Kunze, Bahnhofsgebäude, M. Steykal in Möckern, Sohstrasse, Alfred Kirschner in L.-Gohlis, St. Privatstrasse, Otto Auge, Ecke der Elisen- und Fichtestrasse, Paul Walther, Ecke Kant- und Brandvorwerkstrasse, Hermann Kögel in L.-Gohlis, Landsbergerstr. 14, Arthur Schulze in Wahren, Ecke der Hallischen- und Bahnhofstrasse, Fr. Probst & Co., L. Gantsch, Spinnereistrasse, Schneeburg (Sperre über G. Heckel in Schneeburg, Lain in Aue, Bar liegt in Niederschlema, und über den Fabrikneubau in Oberschlema, Unternehmer Sünder), Melissen (Sperre über Teichert, Ofenfabrik), Mülsen (mehrere Sperren), Aue (Sperre über Rötsch in Lößnitz); Thüringen:

Jena (Differenzen); Provinz Sachsen und Anhalt:

Erfurt, Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streiks), Quedlinburg (Sperre über die Kasernenbauten des Unternehmers v. d. Föhr); Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Syringe, Wildeshausen, Delmenhorst, Wanstorff (Streiks), Gele (Aussperrung), Seesen (Sperre über Biel), Salzgitter (Sperre über Honnefachbach), Fallingsbüttel (Sperre über Bostelmann);

Westfalen:

Hagen (mehrere Sperren);

Reinland:

Crefeld, Düsseldorf (Streiks), Ruhrort-Laer (Sperre über die Koloniebauten von Gebr. Meier);

Hessen und Waldeck:

Widungen, Alendorf a. d. Werra, Gernsheim (Streiks), Rüdesheim-Gaisenheim (verschiedene Sperren), Russelheim (Sperre über Heinr. Volk);

Elsass-Lothringen:

Haguenau (Streik);

Baden-Pfalz:

Offenburg (Streik der Zementierer), Unterharmersbach (Sperre über den Schuhneubau);

Württemberg:

Ludwigsburg (Sperre über Schell);

Bayern:

Plattling (Streik), Selb (Sperre über Jäger & Werner), Freilassing (Sperre über Wannersdorfer und Gerbi);

Fliesenleger:

Barmen-Ellerfeld (Sperre über die Zwischenunternehmer Jeschowsky und Rummelhöfe, Gelsenkirchen (Sperre über Lehmkuhl und Borchard);

Schweiz:

Basel, Bern, Bühlach, Lachen-Siebenen (Streiks);

Oesterreich:

Austria, Leitomischl, Lins, Mährisch-Weisskirchen, Mürzzuschlag; Tachau (Streiks).

Arbeitsgelegenheit in für 40 Kollegen auf dem Rennschacht Schrechau bei Wustrow i. Hann.

Berlin.

Über den Stand der Dinge selbst läßt sich zur Zeit nichts Neues von Bedeutung berichten. Die Streikenden werden irgendwo zum größten Teil in Arbeit sein, während von denen die gleich aus die erste Nachricht von der Ränderung der Stützpunktsförderung, noch sehr viele arbeitslos sind. Die Unternehmer machen bei der Annahme von Arbeitern, getreu einer Parole ihrer Organisation, einige Schwierigkeiten. Der Verband der Baugeschäfte hat ein Kundschreiben an seine Mitglieder erlassen, wodrin er es diesen gut Pflicht macht, die neunstündige Arbeitszeit innen zu halten und nicht mehr als 70-80 Stundenlohn zu zahlen; er hat also wohl Befürchtungen, daß die Unternehmer in ihrer Freude darüber, wieder ordentliche Arbeitsbedingungen zu bekommen, den Forderungen der Arbeiter doch entgegenkommen könnten. Weiter muß nach diesem Kundschreiben, da kein Tarifvertrag besteht, jeder Arbeitnehmer wie bisher vor seiner Einstellung die Arbeitsbedingungen des Verbandes der Baugeschäfte unterscheiden; dieselben sind sofort mit dem Firmenkundschreiben unserem Geschäftsantritt zu folgen, welches umgehend die Arbeitszeitlaubstörungen aufstellen wird. Ohne Arbeitszeitlaubstörung darf kein Arbeitnehmer beschäftigt werden.

Zur „Ehrenpflicht“ jedes Verbandsmitgliedes wird es gemacht, „die Arbeitswilligen, welche bisher bei ihm in Arbeit standen, nicht zu entlasten“. Beachtigen Sie, in nächster Zeit größere Kolonnen von Arbeitnehmern einzustellen, so bitten wir Sie, dies dem Reichsamt anzukündigen, da die bereits in anderen Städten und im Auslande angeworbenen Arbeitskräfte, welche demnächst eintreffen, vor allen übrigen Arbeitnehmern zuerst eingestellt werden müssen.

Dann wird noch auf die Vorteile der Ablösbarkeit hingewiesen und gewünscht, daß die Ablösungen möglichst nur von Ablösmauerern ausgeführt werden. Auch bei den Zimmerarbeiten sollte der Ablös beobachtet werden. Jedenfalls sollen da die Zimmermeister selber in Ablös arbeiten, denn Gesellen werden sich wohl dazu nicht finden. Einen allzu plumpen Versuch der B. D. B. indem er an den Ablösgräben verhindert ließ, daß Arbeitereinführungen nur bis zum 24. August vorgenommen würden, nachher sei es damit zu Ende vorbei. Was er damit bedrohte, wollte verklärt klar: er wollte veranlassen, daß nun sofort alle abgerückten Berliner Kollegen in allen Häusern zurückkommen, um dadurch ein Heberangebot von Arbeitssuchenden herbeizuführen, was natürlich die Position der Arbeiter sehr verschärft hätte. Die Kollegen dürfen sich durch diesen Punkt nicht irre führen lassen! Es ist einfach ausgeschlossen, daß die Unternehmer dies vorhaben, nach dem 24. August keine Maurer einzuführen, durchführen können.

Für den Zuzug nach Berlin gelten folgende Normen:

Berliner Kollegen, die auswärts in Arbeit stehen, bleiben noch einige Wochen, wo sie sind. Sie werden entweder durch den „Grundstein“ oder durch die Betriebsleitung in Berlin näheren Bescheid erhalten, wann ihre Rückkehr ohne Schaden für die Bewegung erfolgen kann.

Jeder andere Zuzug aber muß mit äußerster Sorgfalt ferngehalten werden. Ganz besonders gilt das von den Transporten, die nach den freilich sehr unglaublichen Erfahrungen der Unternehmer noch unterwegs sind.

Die Berliner Büher haben nun gleichfalls ihre Zuliz geändert. In einer Versammlung am 18. August beschlossen sie nach einem Referat des Kollegen Rhöns über die gegenwärtige Lage folgende Resolution:

„Die Versammlung der Sektion der Büher nimmt Kenntnis von dem gegenwärtigen Stand der Bewegung im Bauwesen und findet die Versammlungen, die sich vollzogen haben, in dem Kampfe ihre Schuldigkeit geben, daß die bislangige Kampfweise von den Maurern und Bauarbeitern in anderen Städten gelenkt wurde. Es wird beschlossen, daß es auch unseren Kollegen gestattet sei, auf den Bauten Arbeiten anzunehmen, wie die Forderungen der beteiligten

Gruppen nicht bewilligt sind. Berater wird beschlossen, daß unsere Kollegen, welche arbeitslos geworden sind, sich von morgen, den 14. August, ab täglich einmal in ihren Kontrollstellen zu melden haben, und daß die Unterstützung vorläufig noch fortbesteht, bis eine demnächst einzubefeuende Versammlung endgültig darüber entscheidet.

Über die letzte Bautelektrolle machte der Vorstehende Schülz folgende spezielle Angaben für die Pufer:

Am 7. August wurden kontrolliert 171 Bauten:

Gearbeitet wurde auf 141 Bauten

Die Arbeit ruhte auf 18

Zum Anfang waren fertig 12 "

Insgesamt 171 Bauten

Angestossen wurden 786 Außenputzer

925 Innenputzer

Kontrolliert wurden 1711 Putzer

Zur Streitkontrolle meldeten sich am 7. August 877 Pufer, das ergibt zusammen 2588 Pufer für Groß-Berlin. Am Sonnabend, den 10. August, meldeten sich 593 Pufer, am Montag, den 12. August, dagegen nur 325 Pufer in den 12 Kontrollstellen.

Der Vollständigkeit halber sei hier auch die Resolution abgedruckt, die in der Generalversammlung des V. d. B. am 14. August angenommen wurde: Wir lassen sie ohne Kommentar folgen und verweisen im übrigen auf den Zeitartikel dieser Nummer.

Die außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten erblieb in der bedingungslosen Aufhebung des Streites seitens der Arbeitnehmerorganisationen das Gesetzlichkeits ihrer vollständigen Niederlage, die auch nach außen hin durch die Tatsache gekennzeichnet wird, daß die Arbeitnehmer sich in großen Scharen zur Wiederaufnahme der Arbeit unter den im Verbande aufgestellten Bedingungen drängen. Sie sieht den für die Folge angebrachten Einzelverträgen und der Wiederaufnahme des Kampfes im nächsten Frühjahr mit größter Ruhe entgegen im Vertrauen auf die erwiesene Stärke des Verbandes, die Solidarität seiner Mitglieder, die sich in dem verlorenen Kampfe auf das glänzendste bewährt hat und im Hinblick auf die zur Abwehr getroffenen Maßnahmen. Die Versammlung macht es allen Mitgliedern zur vornehmsten Pflicht, die bisherigen Arbeitswilligen auch weiterhin zu beschäftigen und jedem Versuch der organisierten Arbeitnehmer, dieselben zu belästigen und aus der Arbeit zu drängen, mit aller Energie entgegenzutreten und ihn sofort der Verbandsleitung bekannt zu geben. Sie verpflichtet ferner die Mitglieder zu strengster Innenhaltung der vom Verbande aufgestellten Arbeitsbedingungen, vornehmlich zur Innenhaltung der alten Arbeitszeit und Lohnsätze. Die Versammelten erwarten bestimmt, daß diejenigen Baugeschäfte, die unter dem Druck der Verhältnisse gezwungen waren, die Forderungen der Arbeitnehmer anzuerkennen, sich diesmal zwangsläufig baldmöglichst entziehen werden und sagen ihnen hierbei die zweitgehende Unterstüzung des Verbandes zu. Sie geben schließlich über den Ausgang des Kampfes ihrer vollen Werftiedigung Ausdruck und sprechen dem Vorstande, der Geschäftsleitung und allen im Kampfe befindenden künftig gewesenen Kollegen ihren tief empfundenen Dank für die aufopfernde, erfolgreiche Tätigkeit aus.

Gau Köln. Der Streit in Aachen ist am 19. August durch Abschluß eines Tarifvertrages beendet worden. Auf die Handlungswelt der Christlichen beim Abschluß des Vertrages werden wir nächstens zurückkommen. Für heute sei nur bemerkt, daß der Lohn je nach der individuellen Leistungsfähigkeit 48 bis 47 Pf betragen soll. Wir haben die Unterschrift, weil wir nicht zu den Verhandlungen zugezogen wurden und der Erfolg zu gering ist, abgelehnt; wir werden also ohne Tarif die Arbeit annehmen und für die kommende Zeit die Hände frei halten.

Gau Danzig. In Stolp sind unsere Kollegen nach zweitägiger Aussperre zu den alten Bedingungen wieder in Arbeit geraten. Dies ist ein Zeichen dafür, daß die Unternehmer durch die Aussperre nichts erreicht haben. Unsere Kollegen werden bemüht, deshalb ausgesperrt, weil sie einen von den Unternehmern ausgearbeiteten Vertrag, der Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen anstrebt, nicht unterschreiben wollten. Die Situation war während der Aussperre den Unternehmern günstig. Es war sehr wenig Arbeit am Ort. Mit Hilfe von 18 "Arbeitswilligen", die Mitglieder des kleinen Poliervereins (im Rest des alten Gewerbes) sind, und etwa 80 Lehrlingen haben die Unternehmer die notwendigen Arbeiten fertiggestellt. Unsere Kollegen haben sich während der Aussperre tapfer gehalten. Allerdings sind von den 200 Aussperrten in den letzten Wochen 18 Mann, zumeist unberheitete, abgefallen. Diese haben denn auch durch ihr Verhalten zu uns und die Situation noch verschlechtert. Die Unternehmer haben aber auch alles daran gesetzt, um unsere Kollegen auf das schwere zu stolzieren und die Organisation zu zerstören. Die Kollegen arbeiteten zum größten Teil in der Umgebung von Stolp, auf dem Lande. Die Unternehmer teilen da von Ort zu Ort und waren bestrebt, unsere Kollegen aus der Arbeit zu bringen. Einige Proben, wie die Unternehmer hierbei zu Werke gingen, haben wir ja bereits im "Grundstein" besprochen. Vor allen Dingen waren die Herren bestrebt, die Aussperrten außerhalb aus der Arbeit zu bringen, um dadurch die Streitkräfte zu belästigen. Hatte doch einer von ihnen vor der Aussperre gefragt, in diesem Jahre muß den Maurern die Aussperre 10.000 kosten. Mit Verlaub, Ihr Herren. Wir werden noch zehn solche Aussperrungen handhaben, bevor diese Summe erreicht sein wird. Dabei erlauben wir uns zu sagen, daß den Unternehmern die "Ruft" noch eher ausgeben wird als dem Centralverband der Männer. Gewiß sind in Stolp einige Herren, denen die Aussperre nicht viel geschadet hat. Daneben dürfte es sich aber der größte Teil der Unternehmer überlegen, ob es nicht ratsam ist an der Zeit ist, diesen Schriftmätern die Solidarität zu stindigen und mit den Gesellen Frieden zu schließen. Wie hoch die Gewissheit, daß auch in Stolp ein Teil der Unternehmer genet ist, Lohn- und Arbeitsbedingungen vertraglich so zu regeln, daß beide Parteien zu ihrem Recht kommen. Wie lange noch der schädliche Einfluss der Schriftmätern ausreichen wird, läßt sich nicht voraus sagen.

Doch es aber für das Baugewerbe in Stolp nicht eher den notwendigen Frieden geben wird, bevor nicht dieser Einfluss gebrochen ist, dessen sind wir sicher. Wenn die Herren glauben, jetzt vollständig Herren der Situation zu sein, so wird ihnen die Zukunft etwas anderes zeigen. Bereits in diesem Herbst bestimmt aber in nächsten Jahren, wird die Arbeitsgelegenheit hier gut werden. Dadurch, daß im Jahre 1905 die Bauarbeiter, im Jahre 1906 die Blümmer wegen geringfügiger Forderungen wochenlang streiken mußten, und durch die 20-wöchige Aussperre der Maurer in diesem Jahre, sind die Arbeiten naturgemäß aufgeschoben und es ist nur das Notwendigste fertiggestellt worden. War es den Schriftmätern als jetzt möglich, diesen Zustand aufrecht zu erhalten, so dürfte es sich aber bald herausstellen, daß die Verhältnisse stärker sind, als der Einfluß einiger Schriftmäter in Stolp Baugewerbe. Kommt also in Zukunft nicht nur allein die normale, sondern eine erhöhte Baustütztigkeit in Gang, dann dürfte für die Arbeiterschaft im Baugewerbe der Zeitpunkt gekommen sein, mit diesen Herren die alte Rechnung zu begleiten. Die Stolper Kollegen, sowohl jetzt noch in der Fremde weilen, möchten wir eruchen, bis auf weiteres an diese Pläne zu bleiben. Augenscheinlich ist es nicht ratsam, nach hier zu kommen. Infolge der durch die Aussperre geschaffenen Situation ist es vorläufig nicht möglich, alle Kollegen in Arbeit zu bringen. Auch die jetzt noch beobachteten Maßnahmen der Unternehmer lassen es ratsam erscheinen, den Ort noch zu meiden. Die Herren schließen auch jetzt noch in den Gebäuden verkannt, einen Vertrag nach ihrem Geschmack zu schaffen. Der uns unterbreitete Entwurf ist auf drei Jahre berechnet, es soll uns, nach wie großmöglichen, jedes Jahr 1 & Lohn erhöhung zugespenden werden. Das Ding ist für uns unannehmbar. Um Dumme einzuspielen, hat man am Orte die "Mär" verbreitet. Schell und Freischädel hätten den Witz unterschrieben. Das ist Unsitzen und daneben auch noch recht gemein gelogen. Gewiß sind wir gewillt, jedoch es die Unternehmer wünschen, den Frieden zu schaffen, aber nur unter der Bedingung, daß beide Parteien zu ihrem Recht kommen.

Gau Erfurt. Der Streit in Erfurt ist aufgehoben worden. Am 18. August wurde dieser Vertrag mit 381 gegen 105 Stimmen gefasst. Nähere Angaben können erst in der nächsten Nummer gemacht werden, doch sei jetzt schon mitgeteilt, daß ein Abkommen mit den Unternehmern nicht geschlossen worden ist.

An die auswärts arbeitenden Erfurter Kollegen richten wir die dringende Aufforderung, ruhig noch an ihrem gegenwärtigen Arbeitsorte zu bleiben, bis der Zugang von hier aus freigegeben wird. Kollegen! Wir erwarten strengste Befolgung dieser Mahnung! Halte Disziplin bis zur leichten Minute!

Gau Frankfurt a. M. In Rüsselsheim haben unsere Kollegen mit 7. August ihren Unternehmern Forderungen unterbreitet: Erhaltung der zehntägigen Arbeitszeit, Befestigung jeglicher Überhunden, Festlegung eines Mindestlohns von 50 & pro Stunde, wöchentliche Lohnzahlung vor Feierabend auf der Arbeitstelle, Abschluß der Arbeitsordnung. In Frage kommen sieben Baumeister, die zusammen zwei Poliere, 63 Maurer, 17 Tagelöhner und 12 Lehrlinge beschäftigen. Von den 63 Maurern gehören 47 dem Centralverband an. Stundenlohn erhalten: 1 Geselle 35 &, 2: 36 &; 3: 40 &; 1: 42 &; 6: 45 &; 2: 46 &; 36: 48 &; 50 &; die Poliere erhalten 60 &. Die Forderungen haben vier Unternehmer förmlich anerkannt. Der Vertrag gilt bis zum 1. April 1909. Es kommen noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet.

Gau Görlitz. Der Streit in Müllau hat sich infosofern erledigt, indem drei Baugeschäfte und zwar die von Hebeleit & Kahl, Woitzsch und Glona einen Stundenlohn von 42 & und die zehntägige Arbeitszeit anerkannten. Die Arbeit wurde bei den genannten Firmen am 12. August wieder aufgenommen. Dagegen haben die Baugeschäfte Sittling und Lou noch nicht anerkannt, bleiben also bis auf weiteres gesperrt. Darum ist Zugang nach diesen beiden Baugeschäften auch fernherhalten zu fordern.

Gau Augsburg. Bei Baumeister Kubly am Kaiserneubau, habe sich der Polier Gebauer, angeblich aus Dresden, bei den Gesellen derartig mißhandelt, gemacht, daß sie nicht mehr länger mit ihm zusammen arbeiten wollten; sie stellten deshalb am 12. August, Mittags, die Arbeit mit 44 Mann ein, auch nicht einer blieb am Platze. Bei der darauf folgenden Unterhandlung mit dem Baumeister betonten die Gesellen, daß es ihm als Unternehmer schlecht möge, Gesellen oder Poliere einzustellen, oder zu entlassen, wie er es im Interesse des Gesellschaftsvertrags zweckmäßig erachte. Dagegen haben wir nichts einzubauen. Aber wenn es offenbarlich ist, daß unsere älteren Kollegen sonstige mißliche "mittigelemente" einer nach dem anderen so nach und nach herausgemahrgestellt werden und an deren Stelle fremde Akteure treten sollen, dann wird das von der Gesellschaft als eine Maßnahme ausgestellt, gegen die sie sich wehren müßt. Ein zweiter Streitfall hat sich auch der Herr Baumeister die Sache überlegt und melde persönlich dem Verfasser der Kollegen, daß er den Polier entlassen habe. Daraufhin wurde die Arbeit am 14. August, Mittags, im ganzen Umfang wieder aufgenommen.

Gau Hamburg. Die Sperrte über die Marienbauteile in Sonderburg sind aufgehoben worden, nachdem die Firma selbst verpflichtet haben, 80 & Stundenlohn der zehntägigen Arbeitszeit zu zahlen. Beide Firmen haben sich außerdem verpflichtet, im nächsten Jahre mit uns zu verhandeln, und zwar ohne auf die anderen Unternehmer in Sonderburg Rücksicht zu nehmen. Diese letzteren sind natürlich nicht erwartet darüber, daß an den Marinebauten 7 & mehr Lohn geahndet werden, als sonst am Orte. Unter Tarif läuft im April des nächsten Jahres ab; lassen sich die Unternehmer zu Bu-

geständnissen herbei, so werden sie auch tüchtige Kräfte in genügender Zahl erhalten. Hoffentlich sehen sie das ein.

Gau Hannover. Die Aussperre der Baubandwerker in Celle dauert unverändert fort. Die Meister sollen den Bürgern erklärt haben, vor Osterm nächsten Jahres sei nicht daran zu denken, die Aussperre aus der Welt zu schaffen. Auf Grund dieser Erklärung müssen die Arbeiter nun eine andere Taktik ergreifen; sie haben in einer kombinierten Versammlung der Baubandwerker beschlossen, die Meister auszuschalten und da, wo ihnen Arbeitsgelegenheit geboten wird, die Arbeit aufzunehmen, nachdem die Bauberger bei der Streitleitung vorläufig geworden sind. Die Ausgeperierten glauben, dadurch die Meister an der empfindlichsten Stelle, das heißt an ihrem Geldbeutel, zu treffen. Sämtlich deshalb die abgerissenen Kollegen hiermit aufzuhören, auszuhalten, bis nähere Mitteilung gemacht wird.

Der von den Kollegen gesetzte Maurermeister Hönerbach in Salzgitter macht die verzweifelten Anstrengungen, um Maurer zu bekommen. In allen Höhlelätern, sogenannten parativen und unter Protest des Landrats stehenden Zeitungen, sucht er unorganisierte Maurer. Am vorletzten Montag hatte man schon welche erwartet, aber "leider" vergeblich. Gestern will, gibt er nicht mit an, nur "dauernde Beschäftigung" verspricht er dem, der als unorganisierte bei ihm arbeiten will. Hätte der werte Mann den Lohn dabei geschrieben, den er zahlt, wäre auch jeder unorganisierte Maurer dazu, den ein Arbeitgeber, und noch in dem Saalbad Sabegitter, wo die Logenversammlung stattfindet, steht mit seinen Gesellen zu einem, sonst könnte unter Umständen noch eine Lohnforderung hinzukommen.

In Höttingen, Bezirk Magdeburg, haben die Kollegen seit Mitte Juli eine Lohn erhöhung von 8 & zu vernehmen. Der Lohn, der im Durchschnitt vorher 32 & betrug, ist von den Unternehmern auf 35 & erhöht worden. Da in den umliegenden Lohnbezirken durchweg 36 & und 37 & Lohn bezahlt werden, machte sich eine Abwanderung nach diesen Orten bemerkbar, und um diese aufzuhalten, mußten die Hornberger Unternehmer sich eben bequemen, zu zulassen. Leider läßt sich wohl für unsere Kollegen keine Lohnhebung durchführen. Wenn man aber bedenkt, daß nur ein kleiner Teil der Kollegen organisiert ist, so sind auch solche Lohnanwendungen verständlich, aber zur besonderen Ehre der dortigen Kollegen reichen sie nicht. Hoffentlich kommt nur dem Herren teuer, der bald mit seinen Gesellen zu einem einzigen, sonst könnte unter Umständen noch eine Lohnforderung hinzukommen.

Gau Leipzig. Der Streit in Kirchberg ist nunmehr beendet. Die aufgeteilte Forderung ist von allen Unternehmen, mit Ausnahme des Unternehmers Götschel in Eutendorf, bewilligt worden. Neben dem letzten Kollegen wurde die Sperrte herhangt.

Gau Magdeburg. Von Quedlinburg wird geschildert: Die Sperrte über die Kaiserneubauten des Unternehmers M. v. d. Hoehr besteht unverändert fort. Hoehr, der es ablehnt, mit dem Vorstand des Zweigvereins zu unterhandeln, vertritt uns durch Anwendung einer Tabelle zu überzeugen, daß ihm Unrecht geschieht. Ohwohl der am 1. Juni d. J. in Kraft getretene Tarifartikel für jeden Maurer einen Lohn von 40-43 & Stundenlohn vorsieht, kann Herr v. d. Hoehr nicht einen einzigen Maurer anführen, der 43 & erhält. Von 47 auf der Tabelle aufgeführten Kollegen erhalten 1 Kollege 42 &, 2 41 &, 3 40 &, 4 38 &, 5 35 &, 6 33 &, 7 32 &. Daß Herr v. d. Hoehr angeblich dieser Tabelle behaupten will, es geschiehe ihm unrecht, verleiht mir Zuspruch. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet.

Gau Magdeburg. Von Quedlinburg wird geschildert: Die Sperrte über die Kaiserneubauten des Unternehmers M. v. d. Hoehr besteht unverändert fort. Hoehr, der es ablehnt, mit dem Vorstand des Zweigvereins zu unterhandeln, vertritt uns durch Anwendung einer Tabelle zu überzeugen, daß ihm Unrecht geschieht. Ohwohl der am 1. Juni d. J. in Kraft getretene Tarifartikel für jeden Maurer einen Lohn von 40-43 & Stundenlohn vorsieht, kann Herr v. d. Hoehr nicht einen einzigen Maurer anführen, der 43 & erhält. Von 47 auf der Tabelle aufgeführten Kollegen erhalten 1 Kollege 42 &, 2 41 &, 3 40 &, 4 38 &, 5 35 &, 6 33 &, 7 32 &. Daß Herr v. d. Hoehr angeblich dieser Tabelle behaupten will, es geschiehe ihm unrecht, verleiht mir Zuspruch. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer, Adam Hohenstein und Johannes Hohenstein, weg, vorläufig abgehen. Johannes Hohenstein hat gegenwärtig seine Arbeit und bei Adam Hohenstein arbeiten elf Männer, wovon nur zwei organisiert sind. Nun werden die Männer bei Hohenstein eingeschult lernen, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn man sich dem Centralverband der Männer Deutschlands anschließt, denn gerade bei diesem Unternehmer werden die niedrigsten Löhne von 55 & bis zu 48 & geahndet. Es kommt noch drei Unternehmer in Vertrag, die die Forderungen bisher nicht anerkannt haben. Eine Besammlung am 15. August beschloß, die Arbeit bei dem Unternehmer Heinrich Volt niedergelegen. Von einer Sperrte der dann noch aushaltbare des Abstammens schieden zwei Unternehmer,

Osterwieck a. S.: Hermann Westeroth (93 299), Wilhelm Buchwitz (118 668), Karl Wenzel (118 659).

N.B. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen regelmäßiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

An die Zweigvereinsvorstände. Am 2. März 1907 ist der Maurer Hermann Hildebrandt, geboren am 22. August 1879 zu Gröningen, vom Zweigverein Hammburg ausgeschlossen worden. Durch Vorstiegung füllender Mitglieder wurde er fürztlich vom Zweigverein Hadeburg wieder Mitglied. Er hat die Verb.-Nr. 121 884 erhalten. Das Buch bitten wir anzuhalten und an uns einzufinden.

Ausgeschlossen, ihren Verpflichtungen nachzuhören, werden vom Zweigverein Eimendorf: Wilhelm Küstner (Verb.-Nr. 67081), eingetreten am 1. März 1902; Vogel u. m.: Heinr. Bechtel (247 540), geb. am 29. Januar 1870 zu Schlebusch, Aug. Becker (269 866), geb. am 30. August 1879 zu Weimar; Zugboden: Ludwig Pechhold (885 047), Edwin Knauer (885 240).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsgeschäfte und sonstige Verkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags-Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bekanntungen und Adressenänderungen nur dann für die laufende Nummer verbindlich gemacht werden können, wenn sie Dienstags Vormittag in unseren Händen sind.

Konrad Becker f. Sonntag, den 28. Juli, ist im Luftkurhaus des Krankenhaus der Mauerer Konrad Becker gestorben. Die Mauerer Bremer verlieren in dem Verstorbenen einen ehrwürdigen Kollegen. Er war ein Veteran der Mauererbewegung. 22 Jahre hat er ununterbrochen seiner Gewerkschaft angehört, und bis vor ein paar Jahren sah man ihn immer in den vordersten Reihen. In den Versammlungen, die er fleißig besuchte, galt sein Wort viel, und wo es galt, die Lage seiner Kollegen verbessern zu helfen, war Konrad Becker jederzeit mit Rat und Tat zur Hand. Jetzt hat der 83jährige Veteran für immer die Augen geschlossen. Die Bremer Mauerer werden sein Andenken in Ehren halten.

Eine kleine Abweichung. Unter dieser Stichmarke hatten wir in Nr. 81 einen Fall von christlichem Terrorismus mitgeteilt, der sich in St. Ingbert zugetragen haben sollte. Wir hatten die betreffende kurze Notiz der Tagespresse entnommen und aus diesem Grunde, zumal wir einen eigenen Bericht nicht darüber bekommen hatten, auf irgendwelche kritische Bemerkungen ausdrücklich verzichtet. Die Notiz besagte, daß christlich organisierte Kollegen die Entlassung zweier Berliner Kollegen verlangt, damit aber kein Blut gehabt hätten, sondern selbst aufhören mühten. Das hat nur die "Baugewerkschaft" derart in Garnisch gebracht, daß sie sich wie ein Amstafäufer gebarbet und über diesen "Judas-Ah" schreit, was das Blut halten will. Diese Aufregung scheint uns recht wenig angebracht zu sein. An unserer Notiz ist das falsch, daß die Christlichen bei der Lohnbewegung in St. Ingbert mit ihnen paar Mitgliedern nicht ernstlich in Frage gekommen wären. Wahr ist, daß sie vor der Lohnbewegung 24 Mitglieder hatten, daß es ihnen dann aber durch ihre v. o. v. Fächer unterstützte Agitation gelang, 28 unserer Mitglieder zum Nebentritt zu bewegen. Da die "Baugewerkschaft" Wert hierauf zu legen scheint, so sei das hiermit berichtig. Sonst aber ist unsere Notiz richtig! Die "Baugewerkschaft" will nun die Sache so gehabt haben, daß die christlichen Mauerer nur unwilling barthär waren, daß sie fortwährend in Bruchsteinmauerwerk arbeiten muhten, während die Berliner Kollegen Ziegel vermauern durften. Sie haben verlangt, daß die Berliner an das Bruchsteinmauerwerk gestellt würden, und als das nicht gelahnt, ihre Entlassung genommenen. Das ist der Sachverhalt, den auch die "Baugewerkschaft" zugibt. Sie behauptet aber dann noch, daß auch bei uns organisierte Mauerer der Berliner wegen aufgehört hätten. Wollten wir im Sauerhertente der "Baugewerkschaft" reden, so würden wir dies eine verlogene Fälschung nennen, da wir aber sehr gut wissen, daß die "Baugewerkschaft" ebenso wie wir auf ihre Berichterstattung angewiesen ist, so wollen wir uns mit der Fälschung begnügen, doch es nicht wahr ist. Es arbeiteten auf dem betreffenden Bau sechs christliche, zwei Berliner und ein indifferenter Maurer. Der Indifferente hat sich einmal vor einem halben Jahr ein Mitgliedsbuch unseres Verbandes gekauft, - aber, weiter, keine Beiträge gezahlt. Der andere Maurer, den sie uns noch aufzubinden will, ist zur Zeit darüber Vorkommnisse bereits Mitglied im christlichen Verbande gewesen. So stehen die Sachen. Nun vermeidet das christliche Blatt noch, daß die zwei Berliner Kollegen selbst entlassen hätten, es sei ihnen kein Christenmenschen zu nahe getreten. Auch das ist nicht wahr. Sie haben vielmehr erklärt, daß man sie auf alle mögliche Art schikanieren habe. Die Christlichen hätten zuletzt verlangt, daß mit der Arbeit gelassen würde, und als der Unternehmer darauf nicht einging, die Arbeit niedergelegt. Danach bleibt also der christliche Terrorismus bestehen, keine Schreiberei kann etwas davon ändern. Wir geben jetzt zu, daß es ärgerlich ist, wenn einige immer die unangenehmste Arbeit verrichten sollen und andere immer die bessere, aber hier lag doch keine schwerliche Absicht vor; die Sache war doch lediglich die, daß die Berliner Mauerer gerade keine Künstler im Bruchsteinmauerwerk sind, weil sie es eben zu wenig kennen. Der Fall wird dadurch für die Christlichen noch schlechter, daß ich ihre Schikane gegen Kollegen richte, die an einem schweren Kampfe beteiligt waren, den auch die christliche

Organisation zusammen mit uns führt. Und dann noch eine Frage: Säßen die sechs Christlichen auch dann der Bruchsteinarbeit wegen Terrorismus guß, wenn die Berliner Mitglieder ihres Verbandes gewesen wären?

Da wir aber nun gerade bei der Erörterung christlicher Liebhaberwürdigkeiten sind, so möchten wir auch folgenden, recht interessanten Vorfall bekannt geben: In Winningen in der Pfalz wird gegenwärtig eine Kirche gebaut. Daraan arbeiten neben einer größeren Anzahl christlich organisierter Kollegen auch zwei von unseren Mitgliedern. Das war den Christlichen denn aber doch zu toll und bei der ersten Gelegenheit machten sie den Pfarrer auf diese schärfste Tatsache aufmerksam. Seine Christlichen ließen sich die beiden Freuler vorführen und erklärten ihnen in gesetztem Ton, daß sie nur dann weiter an der Kirche arbeiten dürfen, wenn sie in dem christlichen Verband übertragen würden. Die beiden schwieben sich ja eine Weile, aber als sie sahen, daß die Sache ernst gengewesen war, ließen sie sich schweren Herzens das glorioseste Buch des christlichen Verbandes aussstellen. Da meinte der würdige Gottesstreiter, daß könnte den Sozialdemokraten gerade passen, sich mit Geld bezahlen zu lassen, was von den Gläubigen aufgebracht ist!

Was sagt die "Baugewerkschaft" dazu? Wir finden diesen Fall recht hübsch. Solange die beiden Mauerer Mitglieder unseres Verbandes waren, waren sie natürlich unverbürgt, am Tempel der allseumfassenden christlichen Brudertüte zu arbeiten; als sie aber des schändlichen Mammon's wegen zu Hockern wurden, da waren sie plötzlich gottgefällige Bildgestalten geworden, deren Kellentrappier an der Kirche in Winningen wie Graphinen mustig an die Ohren des Höchsten flang. Wie ideal! Nur die Bemerkungen des Pfarrers sind leider nicht so einleuchtend. Wenn er nicht will, daß die Kirchenbaugelder auch in die Hände von Sozialdemokraten reip, freien Werkstattkatern kommen, muß sie von den Gläubigen aufgebracht seien, so müßte er konsequenterweise auch kein Geld von Sozialdemokraten annehmen. Das wird ihm aber kaum einfallen; so wie die Sonne über Gerechte und Ungerechte scheint, fallen auch die Steuerzettel über Gläubige und Ungläubige und alle müssen zahlen. Die "Baugewerkschaft" wird uns entgegenhalten wollen, daß es bei Bauten unserer Organisationen ja auch so gemacht würde; sie wird aber wohl wissen, daß diese dann auch das Geld dazu allein aufbrachten. Derartige Gewissenszwang, wie bei dem Kirchenbau in Winningen, überlassen wir denen, die nicht ohne solchen custumen können.

An die Kollegen! Der Maurer Willi Meier, geb. am 29. Januar 1888 zu Mittenwalde, seit circa acht Wochen Mitglied des Verbandes (eingetreten unter Verb.-Nr. 281 993 in Harkort), hat in Zugboden, wo er mit dem Hälfteisstifter zusammenwohnte, dessen Koffer erbrochen und daraus Verbands gelder und außerdem noch Wäsche und Kleidungsstücke gestohlen. Wer den Burschen trifft, möge ihn sofort der Polizei übergeben, und dem Zweigverein Zugboden Mitteilung machen.

Gau Mannheim. Sonntag, 4. August, tagte im "Volksgarten" zu Straßburg i. S. eine Konferenz für Elche Lothringen. Es vertraten folgende Orte: Bloyheim Josef Pöld, Hölzingen Josef Barthol., Mühlhausen Wb. Wolf, Colmar Franz Feger, Straßburg Josef Schmidt und Weingartner, Metz Ludwig Schön und Anton Döring. Vom Gauvorstand war Bömelburg anwesend. Einzelnen war Voigt aus Straßburg. Die vom Gauvorstand vorgeschlagene Tagesordnung wurde genehmigt. Es lautete: 1. Errichtung eines besonderen Gaues für Elche-Lothringen; 2. Wahl des Gauvorstandes hierfür; 3. Beratung des Regulatius; 4. Situation im Baugewerbe; 5. Anträge usw. Zum ersten Punkt sprachen die Kollegen Bömelburg und Hörter. Bömelburg schilderte die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter. Bömelburg vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim. Nachdem nun an Stelle des zweiten Punktes der dritte Punkt beraten war, wurde Kollege Voigt zum Gauvorstand, Kollege Freid zum Gauaufseher, die Kollegen Wehl, Straub und Heine als Bevölker, die Kollegen Weis, Freidl und Lemml als Reisebüro (sämtlich aus Straßburg) gewählt. Der neue Gauvorstand tritt in Funktion, wenn für den Kollegen Voigt, bisher Volksbeamter in Straßburg, ein anderer Kollege angestellt ist. Die Abrechnungen müssen für das ganze Jahr, also bis Januar 1908, noch mit Mannheim erfolgen. Das Gaugebiet soll umfassen: Elsass-Lothringen, den Regierungsbereich Trier, das Wiesental und Bömelburg und Hörter vertrat die Entwicklung und die nützlichen Einrichtungen des Verbandes. Hörter erläuterte die Errungenheiten und die von jetzt ab notwendige Tätigkeit im Gaugebiet Mannheim

wie es die Gewerkschaften sind; scheinen von einer erhabenen Existenz nichts wissen zu wollen; sie verbringen den einen über den anderen Tag herlich und in Freuden da sie von dem Gelde, welches sich der gute Geist erwirkt, sehr leben. Solche Individuen hatten allerdings nicht viel von der Arbeit, weil sie selbst nicht viel leisten können, denn was sie kann, wird auch bezahlt. Jeder einzelne Arbeitgeber wird es genug zu bewerten wissen, was ein zu kommt und ohne einem Agitator die Lage eines Arbeitswilligen zu haben suchen. Selbstverständlich muss ein jeder einsehen, dass der Arbeitsgeber das Geld nicht stehlen gehen kann, um die Arbeitschwestern, welche dem lieben Herrgott den Tag stechen, zu bezahlen. Etwas laßt Euch Eure wohlgeordnete Lage durch einen arbeitschweren Menschen nicht verstehen, denn gewiss, wird es durch einen solchen Aufwandler nicht besser, sondern schlechter. Es wird, wenn ungerechte und unverdienstliche Forderungen eintreten, nicht mehr heißen: „Du bist Maurergruppe, weil du einen Hammer, Säge und Sengblei, oder Zimmergruppe, weil du eine Säge und Hobel hast“, sondern es wird von jedem seine Verabschiedung durch Lehrzeit und Gesellenzeugnis nachgewiesen werden müssen. Treu zu Kaiser und Reich, gliedert Euch zu treuen Unternehmern, seit willig und gehorchen Euren Arbeitsgebern!

Auf diesen Wunsch wollten wir die Antwort nicht schuldig bleiben, sondern geben unserer Meinung wie folgt Ausdruck:

An die Maurer in Gosel und Umgegend!

Herr Adolf Bragulla, der Leiter eines Baugeschäfts in Gosel, hat an uns Maurer einen Brief gerichtet. Er schreibt uns eine Predigt, um die wir ihn nicht gebeten haben! Herr Bragulla schreibt, dass sein Kapitalisten geben kann, „ohne zu wissen, warum und für was“. Darauf antworten wir kurz und blündig: „Nicht die Kapitalisten sind es, die den Arbeitern geben“ — sondern die Kapitalisten haben an uns Profit. Wir Arbeitern geben den Kapitalisten unsere schwere Arbeit — sie haben daran Vorteil, sie ziehen daraus ihre Gewinne, und uns geben sie nur Reste davon zurück! Herr Bragulla schreibt, dass jetzt „wilde“ und „ordnungswidrige“ Leute in Gosel unschön machen, das sie „nur viel Geld“, aber wenig Arbeit“ wollen. Viel „wilden“ Leute, geheiratet Herr, das sind aufgefahrene Arbeitnehmer, die erkannt haben, auf welchen Ursachen die Not der Arbeiterschaft beruht. Die erkannt haben, dass man dieser Not entgegenkommen muß. Die wissen, dass in allen Ländern die Arbeiter um die Freiheit, besseren Verdienst, klarere Arbeitszeit, den Kampf führen. Die erkannt haben, dass der Arbeiter um all dies kämpfen muss, wenn er nicht vernommen soll, wenn ein Mensch bleiben will, wenn er um seine Familie, um seine Kinder sorgen will. Und vor allem haben diese „wilden“ Leute erkannt, dass in der Einigkeit, in der Solidarität die Kraft der Arbeiter liegt. Der vereinzelte Arbeiter kann nichts erreichen — die in Verbänden vereinigten Arbeiter können vieles erlangen. Wechselt sind denn in den großen deutschen Städten die Löhne schon auf 75 & pro Stunde gefeuert worden! Weil die Arbeitnehmer dort erkannt haben, dass in der Einigkeit die Kraft der Arbeiter liegt, weil die Arbeiter dort den kapitalistischen Knechten kein Gehörs schenken, weil die Arbeiter dort seit vielen Jahren große Arbeiterverbände gebildet haben und unaufhörlich den Kampf um Aufbesserung ihrer Lage mit den Kapitalisten führen. Der kluge Herr Bragulla hörte weiter, dass die Kapitalisten selbst wissen, wieviel der Arbeitnehmer zu bekommen hat, dass sie die „Böhländer“, sich selbst um die Verbesserung der Lage der Arbeiter bemühen. Herr Bragulla, woju solchen Unfug aus Papier segen? Wir Arbeiter wissen doch sehr gut, dass niemals und nirgend wo die Kapitalisten freiwillig die Lage der Arbeiter aufgebessert haben. Wenn es gelingt — so stieg unter dem Druck, entweder des Mangels an Arbeitskräften, oder dem Druck der Arbeiterorganisation, oder unter der Drohung des Streiks. Ist doch hier in Gosel am Anfang des Jahres bei einer gehobenheitsstürmischen Arbeitseinsatz in Stundenlohn von etwa 25 & gezeigt worden. Das sollen gerechte Bildungs sein? Damit kann man ja nicht auskommen! Und erst später, als die Kapitalisten genug haben, dass wir in die Organisation, in den Verband eintraten — erst da haben sie die Löhne auf 30 & pro Stunde erhöht. Wir wissen sogar, dass die Goseler Bauunternehmer daran dachten, im Herbst die Löhne wieder herabzuleiten. Es wird unser Aufgabe sein, bis dahin unseren Maurerverband so zu stärken, dass die Kapitalisten nicht wagen werden, an die Lohnverminderung heranzugehen. Im Gegenteil, wir sollten fordern, dass der Lohn mindestens 35 & pro Stunde beträgt und die Arbeitszeit zunächst auf 10 Stunden gefestigt wird. Um dies durchzuführen, müssen wir alle Mitglieder des Verbands sein. Herr Bragulla droht uns, die Arbeitgeber würden wieder die Lohnezzeit und das Gesellenzeugnis von uns fordern. Die Zeiten sind vorbei. Die Unternehmer brauchen unsere Arbeit — ohne Arbeit gibt es für sie keinen Profit. Und deshalb sind auch die Drohungen des Herrn Bragulla — eben leere Drohungen. Schließlich fordert und Herr Bragulla auf, den Unternehmern gehorchen zu sein und dem Staate Anhangschaft zu erweisen. „Gehorchan“ gegenüber den Unternehmern erkennen wir nicht an — wir geben ihnen reelle Arbeit und fordern hierfür unseren Lohn. Und damit Schluss. Und die Anhangschaft an den preußischen Staat oder das Reich? Wollt? Dafür, dass wir mit Steuern belastet sind? Dass wir Arbeiter keinen Zutritt zum preußischen Landtag haben? Dass wir Arbeiter auf Schrift und Tritt verfolgt werden? Über wir Germanisierungspolitik, für die Politik der nationalen Bedeutung der politischen Bevölkerung. Dem Staat werden wir Anhangschaft erweisen, wenn es ein Staat des Volkes sein wird, wo das Volk regieren wird, wo alles für die Befriedigung der Volksinteressen geschiehen wird. Kollegen! Lassen wir uns nicht betören! Gehen wir den anderen ausflämmen! Hinein in die Organisation!

Der Centralverband der Maurer.

Diese Ohrfeige hatte eine wunderbare Wirkung, nicht nur die Unternehmertreue fühlten sich getroffen, sondern auch das heile Stadtblatt fühlte sich getroffen, gegen unser Centralverband zu Felde zu ziehen. Dies kann uns aber nur ein Baden abwenden. Wir werden uns immer und überall in so offener Welt aussprechen, was wir sind und was wir verlangen. Wir können den Goseler Unternehmern sowie den Stadtbauern verraten, dass die verbannte Jugend, die Bedürftigkostlosigkeit, auch bei den Goseler Maurern zu schwenden beginnt. Das gesetzliche Bombardement, das von den sozialdemokratischen Agitatoren

gegen die frühere Festung Gosel eröffnet wurde, hat zur Folge, dass auch dort sehr wenigstens der Wahrheit ein kleiner Platz eingeräumt werden musste. Die Goseler Unternehmer, die früher über unsere Organisation höhnisch wirkten, müssen jetzt mit Schrecken sehen, dass auch ihre Arbeiter, die sich seit zehn oder mehr Jahren willenlos alles bieten ließen, nicht mehr geneigt sind, sich noch länger am Ganglbande führen zu lassen. Die Arbeiter haben einsehen gelernt, dass das Unternehmertum fahrlässig nur auf den eigenen Profit bedacht, das es ihm gleichgültig ist, ob die Erzeuger seines goldenen Segens verleben, berütteln und zu Grunde gehen, wenn nur sein Heiligstes, sein Profit, keinen Schaden erleidet. Das Verhalten der Goseler Unternehmer verbietet festgehalten zu werden für alle Zeiten als Beleg für den „nationalen“ Stun, als Illustration zu der verlogenem Phrasen vom sozialen Gewissen. Jahrzehntelang hatte ihm der Brot sohnende Verdienst so reichlich geprägt und dabei waren Zustände eingerissen, die jedem Einsichtigen die dange Frage vorlegen: „Was soll denn dieses hinaus?“ Es muss jeder mit Blindheit geschlagen sein, der nicht an der Einsicht gelangte, dass unsere Unternehmer von diesem Grundsatzen ausgehen: „O du heiliger Geldsack, du bist meine Freude, meine Stütze, wir beten dich an, wir belieben dich, verlaß die Armen und erböh uns!“ Schon wünschenswert wäre es, wenn auch unsere oberherrschen Parteifreunde mehr als bis jetzt für Gosel tun würden, da doch bis jetzt in dieser Hinsicht für Gosel noch nichts unternommen wurde, obgleich hier Hunderte von Fabrikarbeitern vorhanden sind, die für die Gewerkschaft sowie für die Partei zu gewinnen wären. Mögen diese Zeilen dazu beitragen, dass nun endlich auch hier die Hand ans Werk gelegt wird.

Dortmund. (Christliche Lügental II.) In Nr. 31 der „Lügental“ befindet sich ein Artikel aus dem 8. Jan. 1907. Darin heißt es, dass sich in Kamen eine Zahlstelle der Christlichen Bauprüfung und Bauhüttenarbeiter gebildet hat. Weiter wird berichtet, dass sich 20 Bauarbeiter hätten aufnehmen lassen, und einige aus dem sozialdemokratischen Verband seien zu den Christlichen übergetreten, so dass die Zahl der christlich Organisierten auf 35 angewachsen sei. Wir stellen hiermit richtig, dass bis jetzt von uns noch keiner zu der genannten Organisation übergetreten ist, da die Vertretungen der Christen am Ort schon genügend bekannt sind. Die Vertretungen, die Christen in Kamen seit der langen Zeit ihres Bestehens verübt haben, grenzen an Tarifbuch. Als wegen des schlechten Wetters einige Stunden gefeiert werden musste, die sich auf 20 beliefen, trugen die Christen beim Polizei der Firma Kölzer von Duisburg an, er möge die gefeierten Stunden nachholen lassen; da der Polizei auch ein „Bruder in Christo“ ist, so gab er dem Verlangen seiner Genossen nach, und machte am anderen Morgen beim Namensaufzug bestätigt, dass sämtliche Feierstunden nachgeholt werden sollten. Wir teilten dies dem Zweigvereinsvorstand mit, worauf die Vorstehenden der beiden Verbände versuchten, die Sache zu regeln. Kollege Klein machte den christlichen Polizei darauf aufmerksam, dass die Feierstunden nicht nachgeholt werden dürften. Der Polizei drohte, dass der gemahngestellt würde, der die Sache den Vorständen gemeldet habe. Von dieser Zeit an wurde der Tarif wieder eingehalten. Bezeichnend für den Geist, der im christlichen Verbande herrschte, ist die Tatsache, dass einige Mitglieder dieser Organisation sagten, sie liegen sich von dem Führer ihres Verbandes keine Vorschriften über die Arbeitszeit machen lieber würden als dem Verband den Rücken kehren.

Elrich. Sonntag, den 4. August, tagte eine Versammlung. Trotz der wichtigen Tagesordnung waren doch nur 17 Kollegen erschienen. Die Abrechnung vom zweiten Quartal wurde genehmigt und dem Kaiserlicher Dechore etabliert. Hierauf wurden M 450 zu einem Schrank nachbereit mit, worauf die Vorstehenden der beiden Verbände versuchten, die Sache zu regeln. Kollege Klein machte den christlichen Polizei darauf aufmerksam, dass die Feierstunden nicht nachgeholt werden dürften. Der Polizei drohte, dass der gemahngestellt würde, der die Sache den Vorständen gemeldet habe. Von dieser Zeit an wurde der Tarif wieder eingehalten. Bezeichnend für den Geist, der im christlichen Verbande herrschte, ist die Tatsache, dass einige Mitglieder dieser Organisation sagten, sie liegen sich von dem Führer ihres Verbandes keine Vorschriften über die Arbeitszeit machen lieber würden als dem Verband den Rücken kehren.

Elmshorn. Das heisige Organ des Reichsverbandes, die „Elmshorn Zeitung“, moquiert sich darüber, dass wir dem Kollegen Bornholt in einer Strafsache wegen Rötung Rechtschutz gewährten. „Wie mit Arbeitersachen gewirtschaftet wird“ schreibt sie an die Spitze der Notiz. Der Kollege Bornholt hatte einen Bauarbeiter zur Innehalzung des Tarifs, wonach Überstundeneinsatz verboten ist, angehalten. Dafür schimpfte dieser Bauarbeiter vor dem Bau, auf den Bornholt arbeitete, vorwurf dieser mit einem Stein nach ihm warf, ohne ihn zu treffen. Dafür wurde er zu insgesamt M 90 Geldstrafe verurteilt. Nach Lage der Sache war es nun selbstverständlich, dass B. Rechtschutz erhielt. Das Reichsverband organisiert aber glaubt, an diesem Falle darum zu können, dass die Gewerkschaftsgelder für Notleidungen fortgesetzt werden. Das Blatt schreibt damit ein sehr verängstigendes Thema an; denn wenn wir hier erwartet würden, für welche Zwecke die Großen, die der Vater Staat den Arbeitern als direkte und indirekte Steuern abräumen, verwendet werden, wir glauben kaum, dass es diese Verwendung leichter Herzens verhindern könnte, wie wir die Verniedigung der Gewerkschaftsgelder. Leider genügt, dass der Verband den Rechtschutz abgelehnt, so hätte dies wütende Papier natürlich wieder gezeigt: „Da läuft die rechte Gewerkschaft den armen Menschen über, wo er nach seiner Meinung in ihrem Interesse gehandelt hat! Punkt!“ Nun kann es also machen, wie man will, Schmid hat immer etwas zu räsonieren. Lassen wir ihm das harmlose Vergnügen!

Esterwegen-Jork. Obgleich in dem Bericht in Nr. 20 des „Grundstein“ die hier zurreisen Kollegen erfuhrten werden, die Baustellen des Haushaldt in Jork zu mehren, nahm ein Kollege dabei doch Arbeit an, doch obwohl den erwähnten Bericht gelesen zu haben. Als nun der Kollege die Frage vorgelegt, ob er in dem Centralverband der Maurer wäre, der Kollege bejahte natürlich die Frage. Etwas sagte dann der Herr Meister, dann wäre er ja ein Kollege des Vorstehenden und hätte hiermit Feierabend. Kollegen, merkt Euch diese Neuerung des Herrn Bauernmeisters Haushaldt in Jork und meidet dessen Arbeiten, bis er zu der Einheit kommt, das sein progenhaftes Benehmen gegenüber den organisierten Maurern ihm auf die Dauer doch wohl nicht gut bekommt wird.

Lingen. Sonntag, den 4. August, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stand: „Die Aufforderbarkeit und das Überstundenverbot“. Es haben sich einige Kollegen dazu hergehoben, Arbeit in Altstorf zu verrichten, obwohl es früher hier keine Sitten war. Der Anfang machten einige unorganisierte und offizielle Kollegen. Und dann kamen einige unserer Kollegen es nicht über Herz bringen, es dieser Sorte Kollegen nicht gleichzutun. Die paar wenige, die sie mehr erobern, könnten sie doch nur dadurch erreichen, dass sie anstatt 10 Stunden, wie hier üblich, 18 Stunden arbeiten. Aber unsere Kollegen haben böse Erfahrungen gemacht. Sie hatten sich den Altkreditpreis so niedrig gefestigt (hier wurden schon vor zehn Jahren die gleichen Preise gezahlt), dass sie, wenn sie die 5 & Aufschlag für jede Überstunde, die hier vertraglich zu zahlen sind, mitrechneten, letztere nicht mal bezahlt bekommen haben. Und scheint es, als ob das Überstundenverbot sich allgemein einsetzen will; hauptsächlich scheint dies bei dem Unternehmer Greivink der Fall zu sein. Dort vor einigen Wochen ein Kollege angefangen, der sich offiziell nennt, und damit hausieren geht, dass er mit 40 Stundenlohn bei geheimer Arbeitszeit nicht auskommen würde; er habe in Mellinghausen als Polier gearbeitet und 80 & pro Stunde bekommen. Jetzt kommt er hierher und arbeitet für 40 &! Wir können selbstverständlich nichts daran einwenden, aber wir können verlangen, dass er die hier übliche Arbeitszeit einhält. Traurig bei der Sache ist nur, dass auch einige von unseren Kollegen sich haben verleiten lassen, obwohl diese vor einigen Wochen in der Versammlung erklärt: Aufforderbar und Überstunden machen nichts.

Lünenwalde. Unser Zweigverein hielt Montag, den 12. August, eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der Kollege Lemm aus Berlin über: „Einiges aus der Gewerkschaftsbewegung“ sprach. Redner ging auf die einzelnen Gewerkschaften näher ein und würdig hauptsächlich die „Gelsen“ und „Christlichen“ einer Besprechung, und zwar aus dem Grunde, weil sich hier an Ort eine Clique zusammengefunden hat, der es niemand recht machen kann und die ihr Mützen an dem Verband dadurch tragen will, das sie sich der „christlichen Arbeiterschaft“ anschließen. Selbstverständlich tragen die Meistert ihr möglichstes dazu bei. Redner ging auf die Gewerkschaften näher ein und würdig hauptsächlich die „Gewerkschaft“ gegründet worden ist; sind doch die Väter die Scharmächer. Daran sei zu erkennen, dass sie nichts weiter sein soll als ein Teil in die moderne Arbeiterschaftbewegung. Redner ging sodann näher auf die Ausschreibung des Extraarbeitstrages von unserer Organisation ein und erwartet, dass sich ein Kollege weigert, diesen Extraarbeitstrag zu zahlen. In der Diskussion wurden einige nichtsliegende Bedenken gegegen die Zahlung des Beitrages gestellt gemacht, ihrer Erhebung aber wurde zugestimmt. Nach Predigt einiger unbefriedigender Sachen unter „Beschiedenes“ wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Osnabrück. Im März reichten die Maurer von Osnabrück und Hornhausen die Forderung einer Lohn erhöhung ein. Sie verlangten 42 & pro Stunde für Osnabrück und 40 & für Hornhausen; die Unternehmer boten ihnen aber nur 40 bzw. 38 &, welcher Satz für einen Teil der Maurer gar keine Erhöhung bedeutet hätte. Die angehenden Verhandlungen scheiterten an der Hartnäigkeit der Unternehmer, so dass am 15. April die Maurer von Hornhausen die Arbeit einstellten. Nun verlangte der Arbeitgeberverein, dass die Unternehmer alle Maurer von Osnabrück und Hornhausen durch ihre Organisation die Hornhäuser Kollegen zwingen sollten, die Arbeit wieder aufzunehmen, sonst würden die Unternehmer alle Maurer von Osnabrück, die im Centralverband organisiert sind, aussperren. Dieses Verlangen konnten und wollten die Maurer nicht erfüllen, und so erfolgte denn am 23. April wieder die Aussperzung. Leider fand sich eine Anzahl Arbeitnehmer, die durch christliche Führer sich hatten betören lassen und dem Verband den Rücken kehren. Unter Führung des früheren Büchstellerschreibers hatten sich mit der Zeit 24 Männer gesammelt, die nun als gehorsame Diener der Unternehmer fungierten. Mit diesen Leuten konnten die Bauarbeiterbetriebe auf die Dauer aber doch nicht auskommen, und nach löslichigem Streit boten die Unternehmer die Hand zum Frieden. Jetzt wurde der verlangte Lohn von 42 und 40 & pro Stunde bewilligt und ein Arbeitsvertrag bis zum 31. März 1910 abgeschlossen, der den Frieden bis dahin sichern würde, wenn die Herren Unternehmer Wort halten. Die organisierten Maurer aber mügen sich eine Lehre aus dem Kampf entnehmen. Die christliche Agitation hätte nicht einen solchen Einfluss gewinnen können, wenn die Maurer sich nicht so abgesondert von den übrigen Arbeiterschaft gehalten hätten; sie glaubten, stark zu sein, um sich das leisten zu können. Nur wenn die Arbeiterschaft eines kleinen Ortes insgesamt hand in Hand arbeitet, können derartige Schläge pariert werden. Nicht eine zünftlerische Haste für sich, sondern ein Teil der Gemeinschaft müssen sie sein, dann wird auch ihr Vorteil am besten gewahrt werden.

Singen. In den in letzter Zeit hier abgehaltenen Versammlungen wurden die Extraarbeitsträge besprochen. In allen Versammlungen, in Konstanz, Adolfszell, Singen, Lüttringen, Brüllendorf, Schweinlingen und Billingen, referierte Kollege Stehle aus Singen über: „Die Kämpfe im Bauwesen“. Die Auseinandersetzungen wurden in allen Versammlungen heftig aufgenommen. Folgende Resolution wurde in allen Versammlungen angenommen: „Die Versammlung erklärt ihre volle Zustimmung zu dem vom Verbandsvorstand und den übrigen zuständigen Verbandsinstanzen aufgeführten Extraarbeitstrag. Die Versammlung fordert alle Verbandsmitglieder auf, den Extraarbeitstrag pünktlich zu zahlen, um dadurch den um die Verfügung der Arbeitszeit kämpfenden Kollegen ihre Sympathie auszudrücken, und anderseits den Unternehmern zu zeigen, dass die Bauarbeiter nicht Deutschlands ernstlich gewillt ist, auch in Zukunft ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen wesentlich zu verbessern. Die Kollegen mögen die etwaigen wandelnden Kollegen an ihre Pflicht erinnern. Die Unternehmer in Billingen schreibt sich, scheint es, nicht recht mit dem abgeschlossenen Arbeitsvertrag abfinden. Kleinstliche Schikanen sind an der Tagesordnung, indem man den verfeindeten Kollegen, bis

an dem Streit beteiligt waren, daß Leben dadurch so schwer wie möglich zu machen sucht, daß man sie allem Aussehen nach nicht mehr einstellt. Auch ein früheres Mitglied unseres Verbandes, im letzten Jahre noch Käfiger des Zweigvereins Billingen und ehemaliger Bauunternehmer, Jakob Haug, scheint sich in der Rolle des Schärfmachers ganz gut zu gefallen. Wenn der gute Mann nur daran denken möchte, daß er früher auch einer der Beteiligten in Bilingen war! Die dortigen Kollegen haben allen Grund dazu, zusammenzuhalten, damit das Gewonnene auch wirklich erhalten wird. Die zurückkehrenden Kollegen werden aber erfreut, bevor sie dort in Arbeit treten, sich zuerst bei dem Zweigvereinsvorstand, Kieddasse 25, über die Verhältnisse zu erkundigen und den dortigen Kollegen mit Rat und Tat in ihrer schweren Aufgabe behilflich zu sein. Zur Fertigung ist natürlich ein Zweigverein gegründet worden, der gut zu werden verspricht, wenn die Kollegen sich ins Zeug legen; ebenso können wir in Donauwörth vorwärts kommen, wenn jeder Kollege seine Pflicht tut.

Gliesenleger.

Berlin. Die Giesenleger- und Hülfarbeiter haben ihre am 1. Oktober ablaufenden Tarifverträge getilgt. Die in Frage kommenden Organisationen „Bereinigung der Giesenleger Deutschlands, Ortsverein Berlin, Abteil. 1 und 2“, „Centralverband der Maurer Deutschlands, Sektion der Giesenleger, Berlin“, „Verband der dritten Bauhandwerker“ und „Verband der baugewerblichen Hülfarbeiter Zweigverein Berlin“ sind sich dafür einig geworden, diesmal geschlossen in den Kampf zu ziehen und einem einheitlichen Tarife für das ganze Gewerbe Gültigkeit zu verschaffen. Die beteiligten Verbände haben eine Tarifberatungskommission eingesetzt, die ihre Vorarbeiten jetzt beendet hat. Der den Unternehmern der Branche bereits zur Kenntnisnahme eingeführte Tarifentwurf steht gegen den alten Tariffragt kaum veränderte Verhältnisse vor. Es wird in erster Linie die achtstündige Arbeitszeit bei einem Stundenlohn von 95 Pf. gefordert. Die in die Branche eingetretenden Gesellen haben eine Farcenzzeit von drei Monaten (früher zwei Jahre) durchzumachen, doch darf während dieser Zeit die Entlohnung nicht niedriger sein als bei der jeweiligen Maurerlohn. Als Arbeitszeit gelten die Stunden von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr Nachmittags und für eine halbstündige Frühstück und eine einstündige Mittagspause vorgesehen. Am Sonntagnachmittag soll eine Stunde und an den Arbeitstagen vor den Weihnachts-, Oster- und Pfingstferien drei Stunden fester Arbeitsstundenzzeit eintreten und muss die Lohnabstufung vor Eendigung der Arbeit erfolgt sein. Unter dem alten Tarif hat sich ein erheblicher Missstand bei der Bezahlung des Fahrergeldes herausge stellt, und verlangt der neue Entwurf die Regelung dieser Frage daran, daß bei allen Bauten, die 1 km vom Spittelmarkt entfernt liegen, Fahrergeld gezahlt werden muß. Bei Arbeiten, die auf ausserhalb der Ringbahn liegenden Bauten ausgeführt werden müssen, soll auch die Laufzeit nach halben und ganzen Stunden bezahlt werden. Außerdem muss für Arbeiten auf Bauten, die außerhalb des Vorortgebietes liegen, pro Tag 30 Pf. für Gehwährung von Post und Logis 1,50 Bischlag ge zahlt werden. — Überstunden, Nacht- und Sonnabendarbeit sollen möglichst vermieden werden. Ist dies nicht angängig, so ist für die Zeit von 5 bis 8 Uhr Abends ein Bischlag von 25 Pf., für Nacht- und Sonnabendarbeit ein solcher von 100 Pf. zu zahlen. Afford darf nicht erarbeitet werden. — Des weiteren sieht der Entwurf Bestimmungen vor über das vom Unternehmer zu liefernde Handwerkzeug und verlangt für die Arbeiter zur Unterbringung ihres Werkzeuges und ihrer Sachen auf jedem Bau einen beschäftigbaren Raum. Zu den Wintermonaten haben die Unternehmer dafür zu sorgen, daß in Räumen, wo Giesenarbeiter ausgeführt werden, die Fenster verglast sind. Zur Belegung von Streitigkeiten ist eine Schlichtungskommission vorgesehen, die von Arbeitgebern wie Arbeitstechnikern von je sieben Mann bestellt wird. Als Vorsitzender soll ein Gewerbevertreter fungieren. Die Gültigkeit des Vertrages soll vom 1. Oktober 1907 bis 1. Juli 1909 laufen, doch soll am 1. Juli 1908 eine Lehnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde eintreten. — Für die Hülfarbeiter wird ebenfalls die achtstündige Arbeitszeit bei einem Stundenlohn von 70 Pf. gefordert. Die Farcenzzeit soll ebenfalls drei Monate, der während dieser Zeit zu zahlende Lohn nicht unter 60 Pf. betragen. Für Säurearbeiten ist ein Zuschlag von 25 Pf. zu gewähren. Im übrigen gelten für die Hülfarbeiter dieselben Bestimmungen wie für die Giesenleger.

In der am 13. August abgehaltenen von Mitgliedern aller in Frage kommenden Organisationen befassten Versammlung wurde beschlossen, die Regelung des Fahrergeldes so zu verlangen, daß innerhalb des Stadttringes 20 Pf. pro Tag, im übrigen nach den Bestimmungen des Entwurfs das Fahrergeld gezahlt werden muß. Gleichzeitig wurde beschlossen, in den Entwurf eine Position aufzunehmen, wonach bei Arbeiten, die von Leiterarbeiten aus gemacht werden müssen, ein Zuschlag von 50 Pf. zu zahlen ist.

Zweite internationale Maurerkonferenz.

Erster Verhandlungstag.

Stuttgart, 16. August.

Auf der zweiten internationalen Maurerkonferenz, deren Beratungen heute begannen, sind vertreten: Deutschland durch 18 Delegierte (Maurer 14 und Hülfarbeiter 4), Österreich 8 (Maurer 2, Hülfarbeiter 1), Ungarn 2, Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Russisch-Polen und die Union No. 11 in New York durch je einen Delegierten. Die 33 Delegierten vertreten insgesamt 428.035 Mitglieder (I. Quartal 1907), wovon 224.566 in sechs Maurerverbänden, 99.000 in zwei Bauhülfarbeiterverbänden und die übrigen in sieben Bauarbeiterverbänden organisiert sind. Insgesamt sind 13 Länder mit 16 Organisationen vertreten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ohne Widerspruch die Zulassung der Bauhülfarbeiter für die Länder beschlossen, in denen diese getrennt von den Mauern organisiert sind (Deutschland und Österreich). Ein Protest des niederländischen, in anarchistischem Fahrwasser segelnden Maurer verbandes gegen seine Nicht-

Zulassung wurde zurückgewiesen. Die Konferenz war sich darüber einig, dass nur Vertreter solcher Organisationen Zutritt hätten, die auch das Delegationsrecht für den Internationalen Sozialistenkongress hätten.

Nach den einleitenden Begrüßungsworten Theodor Bömelburgs, der einen Rückblick auf die erste internationale Bauarbeiterkonferenz wirft, und besonders die russischen und belgischen Kameraden als neue Mitkämpfer begrüßt, konstituierte sich die Konferenz mit Bömelburg, Hamburg und Siegel-Wien als Vorsitzenden, Bokanyi-Budapest und Behrend-Hamburg als Beisitzern.

Als Tagesordnung wird festgesetzt: 1. Berichterstattung der einzelnen Nationen. 2. Internationales Kartellvertrag: a) Anerkennung einer Organisation für jedes Land, b) Einführung eines internationalen Mitgliedsbuches, c) Beitragsleistung der Mitglieder im Auslande, d) gegenseitige Unterstützung in der Agitation, e) gegenseitige Unterstützung bei Streiks. 3. Errichtung eines internationalen Sekretariats. (Eventuell: Einwanderung und Arbeitsnachweis, Bauarbeitergeschetzgebung.)

Zunächst gab Kazimierski-Warschau einen Überblick über den Stand der Bewegung in Russisch-Polen. Die Bauarbeiterorganisation in ihrer heutigen Form besteht dort erst seit Januar 1906, doch waren bereits früher die sozialdemokratischen Maurer in Warschau in einer politischen Fachorganisation vereinigt, die unter der Führung des Sozialdemokratischen Polens und Litauens stand. Dieser Fachverband hat eine grosse Arbeit vollbracht, er hat die Maurer auf eine höhere Stufe der Kultur gehoben, so dass sie heute die Vorkämpfer des polnischen Proletariats sind. Zahlreiche Streiks sind gewonnen, die Löhne sind erhöht, die Arbeitszeit vermindert worden. Der neue Verband, der „Sozialdemokratische Bauarbeiterverband“, begann sofort einen scharfen Kampf mit dem Unternehmertum; er zählt augenblicklich 2767 Mitglieder, hauptsächlich Maurer, in fünf Abteilungen. Von patriotisch-reaktionärer Seite ist eine gelebte Organisation begründet, die aber nur sehr wenige Mitglieder zählt; daneben existiert der von P. P. S. ins Leben gerufene angeblich unparteiische Maurer verband, von dessen Tätigkeit aber in letzter Zeit nichts mehr zu hören ist. Unternehmerorganisationen sind bisher nicht vorhanden. Der Verband, den Redner vertritt, ist ein sozialdemokratischer, der die Sozialdemokratie auch formell im Statut als Vertreterin anerkennt. Die Organisation ist geheim, auch das Verbandsorgan, der „Bauarbeiter“, dessen vierte Nummer vor einigen Tagen erschienen ist, wird geheim gedruckt.

Siegel-Wien schilderte die Entwicklung des Zentralverbandes der Maurer Österreichs. Von 1901 bis 1907 ist die Mitgliederzahl von 1663 auf 35.894 gestiegen; es sind jetzt etwa 21 p. Zt. der Maurer Österreichs organisiert. Die Hauptzahl der Mitglieder befindet sich in den großen Städten und in den Industriegebieten; in den Sudetenländern ist die Organisation bedeutend besser als in den Alpenländern, die Ruthenen, Slowenen, Kroaten und Romänen haben überhaupt keine Organisationen. Bei ihnen in den letzten Jahren ziemlich häufigen Lohnkämpfen hatten die Maurer im allgemeinen unter Streikbrechern nicht viel zu leiden. Von Ausländern waren es nur Reichsitalier, die den Streikbruch in Deutschland berufsmäßig erlernt hatten und sich in Böhmen und Niederösterreich unangenehm bemerkbar machen.

Käppeler-Basel entrollte ein Bild von den Verhältnissen der „demokratischen“ Schweiz, wo die Behörden völlig auf Seiten des Unternehmertums stehen und wo bei Streiks gewöhnlich Militär gegen die Arbeiter aufgetreten wird. Dem Schweizer Verband gehören Maurer und Hülfarbeiter an. Der Verband hat sehr unter den eigenen Zuständen in der Schweiz zu leiden. Die Bauarbeiter bestehen bis zu 90 p. Zt. aus Ausländern, zum allergrößten Teil aus Italienern, die sich aber nicht an und abzumelden pflegen, so dass die Zahl der Organisierten nicht genau angegeben werden kann. Streikbrecher werden in der Regel aus Italien befördert; gröbere Transporte kommen aus anderen Ländern nicht nach der Schweiz.

Erfreulich waren die Mitteilungen, die Rasmussen-Kopenhagen über Dänemark machte. Der dortige Maurer verband ist 1887 gegründet. Damals zählte er sieben Abteilungen mit 1400 Mitgliedern, heute 78 Abteilungen mit 6000 Mitgliedern. Es sind bloss etwa 100 Maurer nicht organisiert und etwa 80 gehören dem christlichen Verband an. Das ist alles, was an Mauern in Dänemark ist. Das Vermögen des Verbandes beläuft sich auf 283.873 Kronen, es kommen also etwa 50 Kronen (etwa 5 Pf.) auf jedes Mitglied. Streikbrecher von Ausland kennt man in Dänemark nicht. Die Bauarbeiter sind für sich selbst organisiert, in Kopenhagen haben sie einen Fachverein, im übrigen Lande sind sie mit den Erdarbeiter zusammengeschlossen. Alle Mauer Dänemarks sind Sozialdemokraten.

In Belgien ist, wie Bergmanns-Brüssel mitteilte, die Organisation erst im Entstehen begriffen; erst auf dem Kongress im September wird der Verband sich ein Statut schaffen.

Von der Bewegung in Italien ist das Wissenswerte bereits vor zwei Monaten im „Grundstein“ wiedergegeben. Eine Änderung ist seitdem nicht zu verzeichnen. Der Vertreter Italiens, Quagliano-Turin, bat um Angabe von Fällen, in denen italienische im Ausland arbeitende Maurer sich weigern, Beiträge zu zahlen, weil sie sie angeblich in der Heimat einrichten. Die Zentralleitung werde stets Remedium einsetzen lassen.

Müller-Tilburg legte die Verhältnisse in Holland dar, wo der jetzige Verband sich von den anarchistischen Gewerkschaften losgelöst hat. Seit dem 28. November 1906, der Gründung des neuen Verbandes, ist seine Mitgliederzahl von 225 auf 810 angewachsen. Es ist bereits gelungen, den deutschen Streikbrecheragenten, die nach Holland kommen, mit Erfolg entgegentreten. Vorausgesichtigt wird demnächst die Reiseunterstützung eingeführt werden.

Bokanyi-Budapest teilte mit, dass der ungarische Verband jetzt 24.000 Mitglieder zählt und

145 Tarifverträge abgeschlossen hat. Trotz des Verbots wird in Ungarn für Streikzwecke gesammelt und die Streikenden werden unterstützt. Die Sammlungen müssen aber im geheimen erfolgen. Der Kampf ist deshalb sehr schwer, weil es in Ungarn keine selbständige politische Organisation gibt, die Fachvereine bilden die sozialdemokratische Organisation und diese nehmen, am politischen Kampf teil.

Es folgte die Berichterstattung von Bömelburg, der einen Rückblick auf die Entwicklung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und einen Überblick über die Einrichtungen des Verbandes gab, um sich sodann über die Streikbrecherfrage zu verbreiten. Deutschland hat in erheblichem Masse unter Streikbrechern aus dem Auslande zu leiden, und es ist erklärlich, dass sich dieser Zufuss bei Lohnkämpfen bemerkbar macht. Im Inland mithin sich die Unternehmer heute nicht mehr um die Gewinnung von Streikbrechern, weil sie wissen, dass da keine grosse Ernte mehr zu erwarten ist. In der Hauptsache ist ihr Streik auf Süd-Oesterreich gerichtet. Der ungünstige Zustand kann nicht beseitigt werden durch Schimpfen auf die Angehörigen anderer Länder, sondern einzig und allein durch die Ausbreitung des Organisationsgedankens.

Den vorläufigen Abschluss der Berichte bildeten die von Behrend-Hamburg und Reuter-Wien über die Organisation der Bauhülfarbeiter Deutschlands bzw. Österreichs. Beide betonten die Notwendigkeit der Unterstützung der ungeliebten Arbeiter durch die gelernten.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Ewigkeit)

Der Woche vom 11. bis 17. August sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Bozen 1000, Arbeit 500, Altbord 500, München 400, Halle 6, d. Saale 200, Groß-Lichterfelde 200, Siedelsdorf 150, Grünsee 100, Mühlau 100, Kalkberge 100, Hohen-Neuendorf 100, Steinberg 100, Lüneburg 100, Ruda 100, Hausberge 70, Göttingen 63. Summe M. 3983.

Büchseleien erhielten: Genfus M. 200, Raibach i. Hessen 200, Bürkstadt 100, Breitenbach 100, Marburg 100, Hainstadt 100, Nienstedten 100, Lutter a. Vog. 100, Gelle 100, Döbeln 50, Hohenfels 50, Oberdrab 50. Summe M. 1250.

Hilfona, den 17. August 1907.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

VIII. Bau.

Unfälle, Arbeitsunfall, Unfallstellen etc.

Kollegen! Unterstützt sie, von Unfällen, Baueinsprüchen, überhaupt von allen wichtigen Vorommittagen auf den Bauten, schnellstens einen jährligen Bericht an Guer-Sachblatt zu senden.

Beuren. Am 3. August hieltte bei dem Unternehmer Dr. Röder am Gewerbehause der Maurer W. Eide ab. Er war beim Gerüstmachen beschäftigt, um Ausbesserungsarbeiten am Dach vorzunehmen. Es wurden die alten Bretter, die bereits zehn Jahre auf dem Dach des Gewerbehause lagen, benutzt, weil kein anderes Gerüstholz da war. Der Bergungslid brach mit einem Brett durch und fiel 3 m tiefer hinunter. Er wurde mittels Sanitätswagens nach dem Krankenhaus gebracht, wo er am Dienstag Morgen, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, gestorben ist. Es ist dies der zweite Unfall in diesem Jahre bei dem Unternehmer Röder. Der Verstorbene hinterließ Frau und drei Kinder.

Böttrop i. W. Freitag, den 15. August, ereignete sich auf der Baustelle der Firma „Prosper“, Schacht 6, wiederum ein schwerer Unglücksfall, der wohl den Tod eines Maurers herbeiführten wird. Er fiel in einer Höhe von 15 m auf zwei Trägerlagen und wurde von der Baustelle nach dem Krankenhaus geschafft. Es ist dieses schon der dritte Unglücksfall mit tödlichem Ausgang an dieser Baustelle. Die Unglücksfälle sind wohl alle auf mangelhafte Gerüste zurückzuführen. Zwei Gerüstsäulen werden in einem gemachtd und müssen die Maurer auf die Mauer stecken und arbeiten, wegen Mangels an Gerüst (in einer Höhe von 20 m), und das bei einem mehrfachen Millionär Braumeister aus Gladbeck. Die Bottroper Polizei bestimmt sich um nichts, auch hört und sieht man nichts von der Unfall-Berufsgenossenschaft. Von der Organisation ist kaum Abhilfe zu schaffen, weil die dort beschäftigten Arbeiter zur Hälfte freiwillig organisiert und bekanntlich mit allem einverstanden sind. Es wäre also auch in Bottrop an der Zeit, dass die Kollegen mit der Ausflärmung arbeiten und die christlichen Kollegen auf ihre Verhälften aufmerksam machen, dann wird es auch hier anders werden.

Römberg. Auf dem Erweiterungsbaul des Meißigmußins in der Vorstadt ereignete sich am 5. August ein Unglücksfall, der leicht ein Menschenleben gefordert hätte. Auf dem Bau waren die Zimmerer mit dem Mischen des Dachfuhs beschäftigt. Beim Aufrichten eines aus drei Ständern bestehenden 7 m langen Rohmens glitt der eine dieser Ständer aus dem unteren Zapfenstock, worauf auch der obere Zapfen infolge der Last austief und die Einziehleiste durchschlugen, auf die erste Balkenlage fiel. Durch einen Glücksfall und durch die Aufmerksamkeit des Dachfuhs wurde der Maurer verhindert, dass er in die Tiefe stürzte. Ein Zimmerer, dessen Leben auf dem Spielt stand, kam mit einer leichten Kopfverletzung davon. Werner mangelt es auf diesem Bau auch sehr an Gerüstzeug, die Maurer müssen auf einem 8–9 m hohen Gerüst arbeiten, ohne doch ein Schubgerüst vorhanden ist. Die Maurerarbeit wird von Pastor, die Zimmerarbeit von Reich ausgeführt.

Cöpeni d. Bei dem Neubau der städtischen Mädchenmittelschule stürzte im Haupttreppengebäude Mittwoch, den 14. August, ein vier Etagen hohes Gerüst zusammen; fünf Arbeiter wurden dabei in die Tiefe geschleudert. Einer erlitt so schwere Verletzungen, daß er nach einer Stunde starb.

Ka lib e r g e. Am 14. August verunglückte der Kollege Karl Götz in Hessenwinkel b. Erlkron auf dem Neubau des Unternehmers Latzenhans aus Brehlendorf. Götz war auf einer Klippprüfung beim Kalkweichmachen beschäftigt und stand auf einem Brett, das unter den Kalksteinen gestellt war. Aus unausgelöschten Gründen ist der pp. Götz rückwärts 180 m hinuntergestoßen. Er wurde mittels Wagen nach Erlkron geschafft, wo ihm vom Herrn Dr. Müller die erste Hilfe zu teilen war. Die Verletzungen wurden festgestellt: eine Blinde am Hinterkopf, die genährt und verbunden wurde, und schwere Rückenverletzung. Der Bergungsplatte wurde nach seiner Wohnung in Kalkberge gebracht.

Langen. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich Samstag, den 17. August, auf der Mörseler Landstraße zu Frankfurt a. M. Dort werden von der Firma Salmann & Co. Kanalarbeiter ausgeführt, wobei einige Kollegen von hier beschäftigt sind. Kurz nach 12 Uhr ging der Kollege Georg Heidt aus Langen auf den Absturz, um seine Rödurtflie zu versetzen. Der Kollege stand nach ziemlich langer Zeit noch nicht zurückgekehrt, was, jahnen die übrigen Kollegen nach. Es war ihnen nun ein schrecklicher Anblick. Der Kollege Heidt war vorüber in den Absturz gefallen, nur noch die Füße waren sichtbar. Als nun der Bergungsplatte aus dieser schrecklichen Lage befreit war, stellte man sofort Rettungsversuche an; es konnte jedoch nur noch der Tod festgestellt werden. Der Bergungsplatte ist 38 Jahre alt und hinterließ eine Frau und vier minderjährige Kinder. Ob der Absturz den Polizeibeamten gemäß hergerichtet war, konnten wir bis jetzt nicht genau feststellen. Unserer Erfahrung hätte, wenn dies der Fall wäre, ein verachtiges Unglück nicht passieren können.

T o r g a u. Montag, den 12. August, Nachm. 5 Uhr, verunglückte der Kollege Reichenbach aus Döbriach an dem nun schon ziemlich bekannt gewordenen katholischen Schul- und Wohngebäude, das von der Firma Hofmeister & Mann ausgeführt wird, derart, daß jeden Augenblick sein Ableben zu erwarten steht. Reichenbach war nebst mehreren Leuten mit dem Aufwinden eines zirka 5 Zentner schweren Steines beschäftigt. Die Winde zum Aufwinden des Steines stand 6 bis 7 m von der Wand entfernt, von der Rüstung aus ungefähr 4 m. Obgleich jeder Laien einsehen müsse, daß sich beim Einsetzen der Winde das Gerüst nach außen biegen müsse, hatte der Herr Polizei es doch nicht für nötig gehalten, das Gerüst abzuhängen. Als nun die Winde angezogen wurde, bog sich das jetzt schwäbe, etwa 8 bis 9 m hohe Gerüst dermaßen nach außen, daß Reichenbach abstürzte. Schwererstmals mußte er nach dem Krankenhaus getragen werden; hoffentlich wird er seine Gesundheit wieder erlangen. Am selben Tag und am selben Tage ist ein Arbeiter mit einer 4 m langen, 1,50 cm breiten Kleinstahlseile in den Keller gestürzt. Um ungestört über die Decke hinwegzugehen zu können, legte der Arbeiter erst ein Brett auf die Decke, aber deshalb stürzte sie ein. Die Dedenarbeit wird in Altmark ausgeführt. Die Arbeitnehmer liefern solche Arbeit, für die sich ein ordentlicher Mäurer schämen würde.

B e r m i l s t r i x e n. Der Maurer August Loos verunglückte am 12. August mit dem Balken eines Dachstuhles des Treppenhauses in der Kaiserstraße beschäftigt. Er bediente sich hierzu eines Hakenzuges. Als nun der Maurer Loos von einem anderen herausgezogen wurde, um die Arbeit auszuführen, riß das Gerüst des Hakenzuges und er stürzte aus einer Höhe von 15 m ab. Wie verlaufen, hat der Bedienstete das Ungeheuer gebrochen, aus beiden Beinen soll das Gefühl verschwunden sein. Ob er mit dem Leben davon kommen wird, ist noch nicht festgestellt. Seinenfalls ist es aber eine Rührung für die anderen Kollegen, bei solchen Unfällen die größte Vorsicht obzuhalten zu lassen. Wir wollen noch hinzufügen: wie groß sich hier das Gefahren eines Kräutenzauges bewirkt, zeigt sich wieder bei diesem Unfall; der Bergungsplatte mußte etwa zwei bis drei Stunden weit unter den größten Schwierigkeiten auf einer fahrbaren Tragbare in die nächste Heilanstalt transportiert werden. Es soll Gold genug vorhanden sein für ein Krankenhaus, aber der Stadtrat will nicht. Es ist hier sehr am Platze, bei den nächsten Stadtratswahlen eine Aenderung einzutreten zu lassen. Wie wir erfahren, sollen sich familien Handwerkern bereit bereit halten, um zu dieser Fragestellung zu nehmen; ihnen scheint auch über die jetzige Verwaltung ein Widerstand aufgegangen zu sein. Nun ja, wenn in der zweiten Abteilung eine Aenderung geschaffen werden soll, wird die dritte nicht zurückstehen; dem Proletariat ist ja die Macht jetzt eingeräumt, ein Wortein mitreden zu dürfen, und deshalb wollen wir jetzt eingreifen und mithelfen, zum Wohle der Arbeiter.

B a u f l ü c k e r vor Gericht. Der Bautechniker W. Maß aus Weißelde hatte als "Maurermeister" im August v. J. an einem Neubau, den er in Weißelde ausführte, einen eisernen Träger auf einen frisch gespülten und viel zu schwachen Brettfugen legen lassen, obgleich dies Experiment schon bei einem ersten Versuch dadurch missglückt war, daß der Träger einstürzte. Das geschah auch beim zweiten Versuch, als die Decke zwischen den Trägern gewölbt werden sollte. Dabei stürzten jedoch mehrere Männer mit in die Tiefe, und bei unzureichender Maurer-Schütt aus Denzorf erlitt dabei solche Verletzungen, daß er 9 Wochen lang arbeitsunfähig war. Räte war, deshalb angeklagt, sich gegen die außerordentlichen Regelungen der Baufunktion verstoßen zu haben. Er redete sich damit heraus, daß er noch nicht die nötige praktische Erfahrung gehabt habe, und daß sein Sohn für den Unfall verantwortlich zu machen sei. Bevor Herr Räte die Schule absolviert hat, wird er aber doch drei Jahre als Maurer gelernt haben. Und jeder Praktikant wird Ihnen sagen können, daß ein Sohn, wenn er nicht die nötige Bildung hat, zumal wenn er frisch ist, bei einer Belastung nur eines Teiles einstürzen kann. In der Gerichtsverhandlung vor der ersten Berufskammer wurde festgestellt, daß Räte den Bau täglich kontrolliert hat,

Maurermeister Götz als Sachverständiger erklärte, daß bei dem Bau die Regeln der Baufunktion in größtmöglichster Weise verletzt worden seien; das hätte jedes Maurer sehen müssen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 100 Geldstrafe. Daß er billig genug davonkommen, ist bemerkenswert, daß solche Stimper immer dann, wenn die Sache schwer geht, die Schulden den Soldaten aufzuhallen wollen. Was aber ein erschütternder Praktikant, solchen Menschen in ihren Anordnungen zu widersetzen, dann blasen sie sich furchtlos auf und wollen keine Lehre annehmen.

Aus anderen Berufen.

* **Der Kampf der Textilarbeiter in Landsberg** ist durch Vermittlung des Bürgermeisters Burchardt beendet worden. Die Textilarbeiter haben die Organisation der Arbeiter anerkannt, ein einheitlicher Lohntarif für die Leinwandbetriebe soll auf Grund der bisher üblichen Lohnsätze ausgearbeitet werden und spätestens zum 1. November eingeführt sein. Die Bewegung endete also für die Arbeiter mit einem guten Erfolg, und die von den Unternehmen beabsichtigte Ausweitung der Textilarbeiter ganz Schlesiens ist somit nicht zur Ausführung gelangt.

* **Die Kosten der Holzarbeiterausweitung in Berlin.** In der Generalversammlung der Berliner Zahnstelle des Holzarbeiterverbandes gab der Kassierer Bericht über die Aufwendungen, die für die leichte Ausweitung allein in Berlin gemacht werden mussten. Danach wurden bis zum 1. Juli an Unterstützung für Ausgewerke 1.617.265, für Arbeitslose 2.242.169 ausgezahlt, zusammen also 3.814.435. Diese Summe ist aber sicher klein im Verhältnis zu den Kosten, die die Ausweitung den Unternehmen verursachte.

* **Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1906.** Unaufhaltsam und mit großen Schritten geht der Aufmarsch des österreichischen Proletariats vor sich. Zur wirtschaftlichen und politischen Hochkonjunktur gesellt sich die rasche Wirtschaftsbewegung der Gewerkschaften. Wenn die Sozialdemokratie gelegentlich der letzten Reichstagswahl über 1 Million Stimmen aufzweite, so hat die 1/2 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter ihre vorragenden Anteil daran, ja man darf sagen, daß jeder Arbeiter der Partei das Wachstum der Gewerkschaften zur unentzündlichen und selbstverständlichen Voraussetzung hat, zumal in Österreich, wo politische und gewirtschaftliche Organisationen seit jeher in einem so innigen Gegen seitigkeitsverhältnisse stehen.

Der Erfolg der österreichischen Gewerkschaften ist um so beeindruckender, als die Schärfsnächer und ihre Helfer, die gelben Streifenzugorganisationen, gerade in den letzten Jahren eifriger denn je an Werke sind, den Vorstand der Nassenbewußten Gewerkschaften aufzuhalten, und daß die durch die industrielle Konjunktur bedingten zahlreichen Lohnkämpfe an die finanzielle Leistungsfähigkeit und Geschäftigkeit der Gewerkschaften immer größere Anforderungen stellen. Dabei ist infolge des raschen Wachstums der Organisationen das junge Element in den letzteren verhältnismäßig stark vertreten, so daß es wahrscheinlich kein Wunder wäre, wenn der Ansturm der Gegner in manchen Fällen zu einer Löschung der Reihen führen würde. Aber nichts dergleichen trat ein, und die Schärfsnächer werden, je mehr sich die Organisationen reiften, auch für die Zukunft ihre etwigen Hoffnungen fassen müssen.

Der vom Sekretariat der Gewerkschaftskommission Dreifelde kürzlich erstattete Bericht über die Stärke und Leistungsfähigkeit der österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1906 mag denn auch den Schärfsnächer manches Unbehagen verursachen. Um so mehr hat das Proletariat aller Länder Grund, darüber Genugtuung und Freude zu empfinden, daß die österreichische Gewerkschaftsorganisation schon heute, was Mitgliedszahl, finanzielle Leistungsfähigkeit und organisatorische Geschlossenheit anbelangt, unmittelbar nach den deutschen und englischen Bruderorganisationen rangiert, daß sie die drittstärkste des Kontinents geworden und besteht in den nachdrücklich Gewerkschaften Deutschlands und Großbritanniens immer näher zu kommen.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß der vom Sekretariat der Wiener Gewerkschaftskommission veröffentlichte Bericht die 30. tschechoslowakischen Vereine, die außerhalb der Zentralorganisation stehen, nicht umfaßt, und daß ja die österreichische Gewerkschaftsbewegung die übrigens verhältnismäßig jungen Datums ist, mit besonderen sprachlichen und anderen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Nichtsdestotrotz geht die Entwicklung der Organisationen rückwärts vor sich, als man anfangs erwartet durfte. Es betrifft bei den Berufsgewerkschaften die Zahl der

	Gesamt verbande	Landes- oder Volksvereine	Ortsgruppen	Mitglieder
1892.	10	240	474	46608
1896.	17	284	775	98689
1899.	30	212	1284	119334
1901.	32	266	1273	110905
1902.	47	241	1397	135176
1903.	51	192	1623	154665
1904.	45	121	2109	181121
1905.	47	100	2964	323099
1906.	49	89	4062	448270

infl. der 10 slavischen

Wie vorstehende Übersicht zeigt, hat die Centralisation der Verbände seit dem Jahre 1901 große Fortschritte gemacht. Mit der Zunahme der Reichsorganisationen war eine Abnahme der Landes- und der Volksvereine verbunden und mit der Zahl der Ortsgruppen stetig gestiegen. Zehn Jahre von 1905 auf 1906 einen Zuwachs von 37 p. auf und noch größer ist die Steigerung der Mitgliederzahl (35,5 p.); ein Beweis, daß auch die durchschnittliche Stärke der Organisationen in Zukunft beginnen wird. Das Zahl der weiblichen Mitglieder, welche Ende 1906 49.100 betrug, um 13.758 oder 48,5 p. also stärker als die Männer, zugemessen hat, ist ein besonders erfreuliches Symptom, dessen Bedeutung jeder Gewerkschafter zu würdigen weiß.

Neben der Verteilung der Gesamtmitgliederzahl auf die einzelnen Berufsorganisationen wollen wir nur info weit berichten, daß wir die Mitgliederzahlen der größten und uns besonders nahestehenden Verbände anführen.

Organisation	Mitgliederzahl Ende 1905	Mitgliederzahl Ende 1906	Gesamt Mitglieder prozent Vergleichs Organisation
Metallarbeiter	46516	58023	24,41
Textilarbeiter	81457	44221	12,27
Gießbahner	32721	46943	88,06
Maurer	28593	89562	83,66
Holzarbeiter	23342	28596	23,50
Bergarbeiter	17749	27789	20,61
Fabrikarbeiter			
Papier-, Gummi- und Chem.	15072	20027	35,76
Industrie, Salinen	11976	12512	93,10
Buchdrucker	4834	10296	28,19
Kremer	7964	10293	3
Handelsarbeiter	6400	8199	9
Transportarbeiter	4220	7811	5,88
Schneider	5682	6478	5,78
Dabatrabitter	4251	5520	13,60
Zimmerer	3334	5350	9,70
Schuhmacher	3467	5230	8,99
Bozellanarbeiter	2654	5159	89,78
Waler	3603	4661	30,26

Die anderen Organisationen haben dann geringere Mitgliederzahlen. Die tschechoslowakischen Gewerkschaften sind von 16.642 Mitgliedern im Jahre 1905 auf 34.147 gegangen.

Auch in den österreichischen Gewerkschaften ist die Organisation noch für viele ein Raubenschlag, den sie heute aufzuhalten, um ihn morgen zu verlassen und übermorgen wieder aufzutunnen. Die Mitgliederstand betrug Ende Dezember 1905 328.099; im Laufe des Jahres 1906 traten 273.090 Mitglieder bei, so daß also im Berichtsjahr die Vereine mit 589.787 Mitgliedern zu tun hatten. Da aber Ende 1906 sich nur ein Stand von 448.270 Mitgliedern ergab, waren 150.519 ausgetreten, somit mehr, als tatsächlich verblieben waren (125.171). Der Verfall der Mitgliedschaft trifft insbesondere auf die Berg- und Metallarbeiter zu.

Die geographische Verbreitung der Gewerkschaftsorganisationen folgt selbstverständlich der Verbreitung der Großindustrie. Von den Organisierten befindet sich die meisten in Wien (23,88 p.); Böhmen (23,10 p.); Mähren (11,06 p.). Im Verhältnis zu der Zahl der Bevölkerung in die territoriale Verteilung der Gewerkschaften folgende: Wien 40 p.; Niederösterreich 22 p.; Böhmen 17 p.; Galizien 11 p.; Steiermark 21 p.; Salzburg 14 p.; Mähren 18 p.; Österreich 12 p.; Tirol und Vorarlberg 10 p.; Bukowina 6 p.; Dalmatien 7 p.; 20,18 p. gesamtgewerkschaftlich organisiert, ein Verhältnis, das sofern die industrielle Hochkonjunktur noch eine Zeitlang anhält — noch wesentlich besser wird.

Aus der Finanzierung seien die Gesamteinnahmen mit 6.982.874,99 Kronen und die Ausgaben mit 5.609.810,01 Kronen herübergegeben, woraus sich ein Überstand von 1.372.664,98 Kronen ergibt. Die Beiträge zum Berstands- bzw. Streifenzug erzielen hierbei nicht berücksichtigt. Der Beitrag zum Dispositionsfonds bewegt sich zwischen 5 Heller und 1 Krone wöchentlich. Bei größeren Lohnkämpfen werden Extrasteuern erhoben.

Die freien Organisationen verangaben für

	1905. Kronen	1906. Kronen
gewohngew. Mitglieder	46476,81	63767,50
streifende Mitglieder	111837,14	1855132,60
Summa	1164817,95	1918900,10

Überdies werden für Unterstützungszwecke verwendet:

Reiseunterstützung	129631,62
Arbeitslohnunterstützung	919401,50
Kranken- und andere Unterstützungen	876275,61
Rottallunterstützung	312430,46
Summa	2227739,19 Kronen

Reicht man den Aufwand für andere Vereinszwecke von 3.872.070,82 Kronen hinzu, so ergibt sich obige Ausgabensumme von 5.609.810,01 Kronen.

Die außerhalb der Zentralorganisation stehenden tschechoslowakischen Organisationen (30 Verbände mit 466 Ortsgruppen) zählen 34.147 Mitglieder, darunter 8250 weibliche. Ihre Einnahmen betragen 287.784 Kronen, denen 214.708 Kronen an Ausgaben gegenüberstehen.

Der Stand der Presse ist folgender:

Es erschienen Zeitungen	Umsatz pro Monat
96 deutsche	286400
40 tschechische	139550
6 polnische	21350
1 italienische	670
1 slowenische	600

Erwähnen wir noch zum Schluß, daß die Gewerkschaften mit den höchsten Beiträgen auch über die stärksten Fonds verfügen, so gewinnen wir überzeugend, daß die österreichische Gewerkschaftsbewegung ein wahnsinnig glänzendes Bild bietet, das die Hoffnungen, die man in die Organisationskraft der Arbeiterschaft Österreichs gesetzt hat, schon jetzt in erfreulicher Weise rechtfertigt.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

* Die Immungskassenplage wird wieder einmal beleuchtet durch das Gebaren des Vorstandes der Baugewerkschaftenkasse zu Trier. Die uns darüber zugegangenen

Schriftstück stammen zwar nicht aus der allerletzten Zeit; das tut aber nichts zur Sache, da die schädlichen Begleiterscheinungen, die das Innungskassenwesen einmal an sich hat, auch heute noch ebenso oft und so arg auftreten sind.

Der Innungsobmann Wengen in Kiel, der zugleich Vorsteher der dortigen Baugewerks-Innungskassenfasse war oder sogar noch ist, erließ folgendes Rundschreiben an die Innungsmitglieder:

Im Laufe dieses Frühjahrs und Sommers hat der Innungsvorstand Sie wiederholt mündlich in der Innungssitzung und schriftlich durch Briefe erfuhr, daß in einem gebrauchten Bergelternschein, Ihnen berechneter Arbeiter künftig nicht mehr zu beschäftigen, weil solche entweder sich als Drückeburger oder als gänzlich bzw. teilweise arbeitsunfähige Arbeiter erwiesen haben, die in den letzten Jahren die Krankenkasse fortgesetzt schädigten.

Diesem Anhören wobei, wie die Herren Kassenärzte schriftlich wie mündlich dem Obermeister berichten, in letzter Zeit durchaus keine Folge geleistet, so doch die Herren Kassenärzte insbesondere für den kommenden Herbst und Winter den gänzlichen Ruin der fraglichen Kasse befürchteten.

Dieses Verfahren der Herren Innungsmitglieder bezeugt nicht bloß eine große Interessenlosigkeit hinsichtlich der fraglichen Kasse, sondern auch eine Nichtbeachtung der wohlgemeinten Maßnahme ihres Obermeisters.

Der Unterzeichner sieht sich daher nochmals veranlaßt, Sie dringend wie höflich zu erinnern, falls eine der Ihnen bezeichneten Berufsfähigkeiten gegenwärtig noch in Ihrem Betriebe tätig sein sollte, bei der nächsten Lohnabrechnung unvergessen zu entlassen, als auch künftig kein der selben mehr einzutreffen.

Schließlich wird ergeben darauf hingewiesen, daß bei etwaiger Defizit der Krankenkasse am Jahresende dieses nach § 65 Abs. 2 des Krankentiersicherungsgesetzes und § 1001 der Reichsgesetzeordnung, von der Innung zu bedenken ist.

Hochachtungsvoll

Jos. Menden, Obermeister.

Ein anderes, etwas später verfaßtes Schriftstück dieses vorbildlichen Kassen- und Innungsvorstandes lautet folgendermaßen:

Vertraulich! Wie Ihnen bekannt sein dürfte, hat Herr Regierungsrat mit Rücksicht auf die ungünstigen Verhältnisse der diesseitigen Krankenkasse verfügt, daß entweder der Kassenbeitrag um ein Drittel Prozent erhöht oder die Leistungen herabgesetzt werden müssten.

Bei Beratung des Vorstandes der Kasse und an der Anhörung der Herren Kassenärzte in festgestellt worden, daß eine ganze Reihe von Arbeitern die Kasse seit Jahren fortgelegt ist. Diese seien sich zum Teil aus fränkischen in alden Deutzen oder aus Drückeburger zusammen. Nebenstehend erhalten Sie ein von der gefragten Innungssitzung durchgenommenes Verzeichnis von solchen Deutzen, mit dem höchsten Ansehen, künftig unter keinen Umständen einen der betroffenen Arbeiter in ihrem Betrieb einzustellen. Sollte einer berufen zur Zeit bei Ihnen beschäftigt sein, so wollen Sie ihn bei der nächsten Lohnabrechnung entlassen, zumal ein Mangel an ordentlichen Arbeitskräften in diesem Jahre nicht vorhanden ist.

Es muß unbedingt darauf gehalten werden, daß ein einiges diesbezügliches Vorgehen stattfindet, weil die Kasse trotz der geringen Baufähigkeit bereits größere Leistungen an Krankengeld u. a. in diesem Jahr als in dem verflossenen Jahr zu verzeichnen hat.

Die Kasse wird eben von gewissen Arbeitern mit Absicht ausgenutzt, worunter die ordentlichen Arbeiter zu leben haben. Der Kassenvorstand wird Ihnen demnächst besondere Mitteilung wegen der Aussicht von Krankenscheinen usw. zugehen lassen.

Hochachtungsvoll Obermeister.

Den Schreiben sind dann 42 Namen von Arbeitern und Maurern angefügt. Hier erstrahlt der „Ego“ des Innungskrankenkassenwesens in seiner ganzen Glorie. Die fränkischen und inaldundischen Arbeiter werden, um den Gedanken der Unternehmer zu schonen, entlassen, damit sie ihrer wohlerworbenen Mitgliedsrechte bei der Kasse verlustig gehen. Gewiß! So erscheint es dem Obermeister Menden, der jedenfalls ein strenger „Ordnungspatriot“ ist, recht und billig: Nach seiner Auffassung sind die Kassen nicht dazu vorhanden, den Kranken zu helfen, sie wieder gesund zu machen, sondern wohl nur zur Dekoration, wogegen auch das herliche Wort von der vollen Kompetenz gar trefflich passen würde. Herr Menden darf sich rühmen, dem „sozialen Einfluß“ unserer Bauunternehmer den passendsten Ausdruck gegeben zu haben, daneben hat er aber auch den Gegnern des Innungs- und Betriebskassenwesens neues Material gegeben, um dessen Aussichtung er nicht weiter lange zu sein braucht. Einflußwirken wir die Aufsichtsbehörde, sich diese Dinge einmal etwas näher anzusehen.

Die Ausdehnung der Gewerbe-Inspektion auf die Gesangvereinigungen ist von der Sozialministerialrat bestimmt. Schon sehr oft geschildert worden. Jetzt soll nun, wie einige Blätter berichten, die Ausdehnung nach einer auf Basis des preußischen Zuständigkeitsbegriffs vom 21. d. J. auf der getroffenen Anordnung die Ausdehnung auf die Justizgefängnisse erfolgen. Er hat verfügt, daß die Gewerbe-Inspektoren den gesamten Arbeitsbetrieb der großen Justizgefängnisse insbesondere solche Betriebe, bei denen Maschinen verwendet werden, abhängig bezeichnen und das Ergebnis dem Oberstaatsanwalt mitteilen sollen, da eine solche periodische Revision der Gefängnisse mit größeren gewerblichen Betrieben namentlich auch im Interesse der rechtzeitigen Einführung anderwärts erprobter Sicherheitsvorkehrungen dringend geboten sei. Welche Gefängnisse für diese Besichtigungen in Betracht kommen, wird im Dezember jedes Jahres von den Oberstaatsanwälten den zuständigen Gewerbe-Inspectoren mitgeteilt werden.

Wir meinen, daß eine einzige Besichtigung im Jahre ungerechtfertigt ist. Notwendig wäre es auch, die Aufsicht gründlich zu erstreben auf die Bauarbeiten, die in den Gefängnissen und außerhalb derselben in nicht unerheblichem Maße ausgeführt werden.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) Heft 48 des 25. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Hefts, eben vorher: Die preußische Wahlrechtsfrage. — Der Internationale Kongress in Stuttgart. — Die politische Lage in den Vereinigten Staaten und die Demokratische Partei. Von L. B. Doubin (New York, Schluß). Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Neue Gesellschaft (Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Otto Braun, Verlag, Berlin NW 6, Charlottenstr. 3, Verbandssekretär des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes). Preis für die Einschaffung 10,- Pf. (Probeheft kostet los), Heft 8 des 2. Bandes. Aus dem Inhalt sei hervorgehoben: Karl Leutheusser: Das Kolonialproblem. — Wilhelm Fahl: Zur Budgetbewilligungsfrage. — August Winnig: Der Kampf der Berliner Bauarbeiter. — Josef A. Bug: Kunstmäßigkeiten im Arbeitshof. — Glossen.

Welchen Wert hat die Bildung für die Arbeiterin? Von W. Zeppler. Eine volkstümliche Schrift, in der die Verfasserin die Notwendigkeit der Bildung und der geistigen Erhebung der Arbeiterinnen, wenn sie ihren Beruf als Gattin, Mutter und Staatsbürgersin erfüllen wollen, darlegt. Die Broschüre kostet 10,- Pf. und ist vom Verlag der Buchhandlung Böttcher zu beziehen.

Die sozialistische Arbeiter-Internationale. Berichte der sozialdemokratischen Organisationen Europa, Australien und Amerikas an den Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart. Herausgegeben vom Internationalen sozialistischen Bureau mit einem Vorwort vom Vorsitzende. Deutsche Ausgabe. Preis M. 2. Verlag der Buchhandlung Bornträger, Berlin.

Elbdeutsche Postillon, Nr. 17. Auch diese Nummer dieses guten Wissblattes ist vorzüglich geraten. Neben den gebräuchlichen Illustrationen geben wir aus dem Texte hervor: International, Beiträge von Ernst Maier. — Internationale Gedanken — Bärenjagd (Gedicht). — Kameruner Schwülstigkeit (Gedicht). Die Ausgabe soll voll Leben, die Gedichte voll Rhythmus und Feuer, voll Satire und Spott. — Der Elbdeutsche Postillon, der im Münchner Verlage M. Ernst erscheint, kostet pro Nummer 10,- Pf.

Der Wahre Jacob. Die bisher erschienenen Nummer in dem Internationalen Sozialistenkongress gewidmet. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder: „Ein Bild der Zukunft“ und „Unter Piraten“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10,- Pf.

Briefkasten.

Brieg, J. S. Den Einleiter der Versammlungsanzeige können wir leider nicht mehr feststellen. Uebrigens wird uns dieser ärgerliche Vorfall dazu veranlassen, in Zukunft mit größter Sorgfalt darauf zu achten, daß die Angaben nicht nur eine Namensunterschrift sondern auch den Stempel tragen.

Bautzen, Frau Starke. Wir nehmen wohl Sterbeanzeigen aber keine Dankdagungen auf. Danke! Sie den Kollegen persönlich, das gilt auch und Sie waren dabei Ihr Geld.

Sagan, H. G. Die Aufnahme des Gerichtsberichts müssen wir ablehnen, da die Sache für unsfer Blatt zu bedeutungslos ist. Die Tatsache, daß sich zwei Männer unter den Angeklagten befanden, reicht allein nicht aus, um den Bericht Aufnahmen zu gewähren.

Nadolzsch, R. M. Die Beschwerde haben wir dem Verbandsvorstand zur Erledigung überwiesen. Antwort wird wohl demnächst erfolgen.

Regensburg, Vorstand. Hätten Sie uns doch nun wenigstens gleich den Todestag des Kollegen mitgeteilt, dann hätte die Anzeige doch diesmal erscheinen können.

Anzeigen.

■■■ Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigverein-, bzw. Bahnhofsstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Einzelmitgliedschaft Strassburg i. Els. sucht zum 1. Oktober d. J. einen

Lokalbeamten.

Es ist eine erste Kraft erforderlich. Vorbedingung ist die genaue Kenntnis der modernen Arbeiterbewegung sowie der Baus- und Kassenführung. Die Bewerber müssen außerdem rednerisch begabt sein. Den Offeren ist ein Nachweis der bisherigen Tätigkeit und ein Aufsatz über die Aufgaben eines Lokalbeamten beigezugeben.

Die Bewerber werden erucht, ihre Offeren mit der Aufschrift „Lokalbeamter“ bis spätestens den 5. September d. J. an Unterzeichneten gelangen zu lassen.

K. Voigt,

[M. 4,80] Strassburg i. Els., Schloßergasse 21.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik verständlichen wir alle Totenfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Tafel kostet 15,- Pf.)

Bredau. Am 7. August starb unser Verbandskollege **Karl Arndt** im Alter von 65 Jahren an Lungenerkrankung.

Dörschau. Am 12. August starb der Kollege **Johann Richter** an Magenkrebs.

Großschönau. Am 16. August starb unser junger Verbandskollege C. Elvers im Alter von 33 Jahren infolge eines Unglücksfalls in seinem Beruf.

Göttingen. Am 16. August starb unser Verbandskollege **Hermann Kunze** im Alter von 58 Jahren an Herzschlag.

Karlsruhe-Mörtsch. Am 9. August starb unser Verbandskollege Alois Knübel im Alter von 80 Jahren an Krebsdurchfall.

Königsberg-Winterhausen. Am 13. August starb nach schwerer Krankenlager unser Verbandskollege **Hermann Matting** im Alter von 38 Jahren an Lungen- und Leberstomatitis.

Neuruppin. Am 12. August starb nach langem, schwerem Krankenlager unser Verbandsmitglied **Gustav Salomo** aus Ulstrup im Alter von 26 Jahren an Rheumatismus.

Peltzlin. Am 5. August starb unser Kollege **Josef Schatzki** aus Ralfau an Lungengeschwür.

Planen i. Vogtl. Am 10. August starb plötzlich unser Kollege **Albin Weidhaas** im Alter von 22 Jahren an Gehirnentzündung.

Riesa. Am 11. August starb der Kollege **Karl Robert Reibig** aus Langenau im Alter von 58 Jahren an Krebs und Leberschläuchen.

Stolzenhain. Am 14. August ertrank beim Fischen unser Kollege **Otto Schütte** aus Gamstädt in 48. Lebensjahr.

Weifelau b. Mainz. Am 17. August starb unser Verbandskollege **David Schlemmer** im Alter von 67 Jahren an Krebsdurchfall.

Wiesbaden-Nambach. Am 18. August starb der Kollege **Karl Bombadier** im Alter von 55 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Gleiwitz.

Unter erster Vorlesender ist jetzt **Th. Fitzon**, Klosterstr. 28, 2. Et. und der erste Kassierer P. Fuchs, Kanalstr. 24, 2. Et. [M. 1,80]

Der Vorstand.

Lucka.

Die Adresse des Vorlesenden ist von jetzt an: Richard Weber in Nehrmich b. Lucka, S. B. [M. 1,20]

Der Vorstand.

Glogau.

Sonnabend, den 31. August, Abends 8 Uhr:

Achtes Stiftungsfest

im „Grünen Baum“,

bestehend in Vorträgen, Verlobung und Ball.

Die Kollegen von Glogau und Umgegend sind hierzu freudig eingeladen. [M. 3]

Das Komitee.

Versammlungs-Anreger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Männer.

Sonntag, den 25. August.

Pasewalk. Nachm. 4 Uhr bei Wolf, Am Markt 18. Sehr wichtige Tagessitzung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen! Nachm. 3 Uhr Vorlesung.

Schkeuditz. Nachm. 3½ Uhr in Stichmüllers Restaurant. Das Referat des Zehdenick.

Zehdenick. Nachm. 3 Uhr bei Buchholz. Sehr wichtige Tagessitzung.

Dienstag, den 27. August.

Cunnersdorf i. Riesengeh., in der „Andreasstraße“. Wichtige Tagessitzung.

Liegnitz. Abends 6½ Uhr im Gewerbehause.

Mittwoch, den 28. August.

Sorau. Abends 6½ Uhr in der „Flora“. Bücher sind mitzubringen!

Sonntag, den 1. September.

Hintersee. Mittags 12 Uhr bei Becker, Hintersee. E.-O.: Abrechnung vom letzten Quartal.

Kronach. Nachm. 2 Uhr im „Bayerischen Hof“. Mitgliedsbücher mitbringen!

Pödelsdorf. Nachm. 3 Uhr im Kesselstofel. Wichtige Tagessitzung!

Ribnitz. Nachm. 4 Uhr bei Potenberg. Bilder mitbringen!

Sonntag, den 8. September.

Hohenwarsleben. Nachm. 3 Uhr im Lokale des Herrn Wenzel. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Öffentliche Männerversammlung.

Sonntag, den 25. August.

Glesien. Nachm. 4 Uhr im „Kino“ in Glesien. Mitgliedsbücher mitbringen!

Dienstag, den 27. August.

Lunden. Referent kommt.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.